

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.
Helleße Seltung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 M., ohne Porto. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. — Gemeindevorstand-Strohkonto Nr. 3. — Postcheckkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die hochgehaltene Zeitungs- und Anzeigenschrift, außerhalb des Amts- hauptmannschaftsbezirks: 1 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Eingekauft und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 83

Freitag den 7. April 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachung.

Der aufsichtsbehördlich genehmigte II Nachtrag zur biesigen Wasserleitungsordnung (Erhöhung der Anliegerbeiträge betr.) liegt 14 Tage lang zur Einsichtnahme im Rathause, Zimmer Nr. 14, aus.
Stadtrat Dippoldiswalde, am 5. April 1922.

Vertilgung und Sächsisches

Fürsorge für landwirtschaftliche Arbeitskräfte. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei schreibt: Am 1. April haben die vom Landesamte für Arbeitervermittlung angestellten Fürsorgerinnen für landwirtschaftliche Arbeitskräfte in den Kreisshauptmannschaften Dresden und Leipzig ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Dienst der Fürsorgerinnen ist bei dem Zentralarbeitsnachweis Dresden bezw. dem städtischen Arbeitsamt Leipzig. Der Dienstbezirk Dresden umfaßt die ganze Kreisshauptmannschaft, der Dienstbezirk Leipzig den kreisshauptmannschaftlichen Bezirk mit Ausnahme der Amtshauptmannschaft Rochlitz, deren Anschluß für die vorliegenden Aufgaben an den Bezirk der Kreisshauptmannschaft Chemnitz vorgesehen ist. Voraussichtlich werden am 15. April auch in den übrigen Kreisshauptmannschaften die Fürsorgerinnen ihre Arbeit aufnehmen können. Das Ziel der Fürsorge ist: in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitsnachweisen, den Berufsverbänden der Landwirtschaft, sowie allen von Fall zu Fall in Frage kommenden Wohlfahrtsvereinen durch Prüfung der landwirtschaftlichen Arbeitsstellen und Abstellung von Mängeln in bezug auf Unterkunftsverhältnisse, Verpflegung, Behandlung usw. eine laufende Betreuung landwirtschaftlicher einheimischer Arbeitskräfte einzurichten und durch allmähliche Ausgliederung der für deutsche Landarbeiter nicht geeigneten Bedingungen der Lebenshaltung an zeitgemäße berechnete Forderungen ein beide Teile des landwirtschaftlichen Arbeitsvertrages befriedigendes, festes Arbeitsverhältnis zu schaffen. Jeder Erfolg auf diesem Wege wird eine Minderung des Mangels an Arbeitskräften bedeuten, unter dem die Landwirtschaft leidet, und somit dazu beitragen, die notwendige Ernährung der Volksgemeinschaft zu sichern.

Alle Fahrkarten lösen lassen! Nach einer Zeitungsmeldung werden vom 1. April an bei der Kontrolle alle Fahrkarten, die nicht das Kochzeichen der Reiseantrittsstation tragen, als ungültig behandelt.

Die von der Landesbrandversicherungsanstalt im Brandfalle zu zahlende Entschädigung beträgt mit Wirkung ab 15. März das 25 fache der Friedensversicherungssumme. Der Feuerungszuschlag beträgt also 2400%. Vor dem 15. März festgesetzte Schadensvergütungen werden nur mit dem 18 fachen vergütet.

Oberhäuslich. Am Dienstag hielt der Frauenverein Reinholdshain im hiesigen Gasthause einen recht gut besuchten Familienabend ab, der als wohlgeleitete bezeichnet werden darf. Er wurde durch gemeinsamen Gesang und herzlichste Begrüßungsworte des Herrn Superintendenten Michael eingeleitet. Schulkinder und Jungfrauen trugen mit guter Betonung verschiedene Gedichte vor, während der Jungfrauenverein und ein Chor von Schulkindern abwechselnd durch frischgelungene Volkslieder erfreuten. Herr Pastor Rosen trug tönend 2 Sätze für Cello vor, wozu ihn Frä. Sellriegel auf dem Harmonium verständnisvoll begleitete. Im Mittelpunkt des Abends stand der Vortrag des Herrn Sup. Michael: „Die Frau, die Seele des Hauses“. In seinen lebenswahren Ausführungen zeigte der Vortragende die ausschlaggebende Bedeutung der Frau für die Kindererziehung innerhalb der Familie und das ganze häusliche Glück, aber mit seinem Humor auch die Grenzen, die dem weiblichen Einflusse gezogen sind oder doch gezogen sein sollten. Eine Geschenkverlosung erbrachte 428,75 M., eine Sammlung zum Besten der evang. Wolga-Deutschen 300 M.

Großhölle. Am Donnerstag fand wiederum ein von der Lehrerschaft einberufener Elternabend statt, der sich mit der Wahl eines Elternrats befaßte. Nach Erläuterungen durch den Vorsitzenden, Schulleiter Richter, über Zweck und Nutzen des Elternrats folgte die Abstimmung, die 70 Stimmen für und 18 gegen die Wahl ergab. Der Elternrat soll aus neun Mitgliedern bestehen. Es wurde ein Wahlausschuß gewählt. Beim Bericht über das neue Schuljahr gab der Vorsitzende bekannt, daß der schon lange gewünschte fünfte Lehrer vom Ministerium bewilligt wurde und Lehrer Matthäus sein Lehramt am 1. April niederlegte. Ab Ostern soll der neue Lehrplan der Reuzzeit entsprechend aufgestellt und der Heimat-

kunde, dem Zeichnen usw. mehr Beachtung geschenkt werden. In der Diskussion wurden verschiedene Wünsche vorgebracht, denen die Lehrerschaft nachzukommen verspricht.

Dresden. Wie verlautet, wird in Landtagskreisen eine neue Erhöhung der jetzt 30 000 M. betragenden Aufwandsentschädigung für die Landtagsabgeordneten betrieben. Es ist damit zu rechnen, daß eine entsprechende Vorlage noch vor dem Beginn der Osterferien im Landtage eingebracht wird. In Aussicht genommen ist eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung um 1000 M. für den Sitzungsmonat.

— Neuer Kredit für die Bewirtschaftung der Staatsgüter. Eine am Mittwoch dem Landtage zugegangene Regierungsvorlage fordert die Ermächtigung der Regierung, zur Aufnahme eines Kredits von 6 Millionen Mark für die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Betriebe des Wirtschaftsministeriums über die für den gleichen Zweck im Staatshaushaltsplan für 1922 schon eingelegten 8 520 000 M. hinaus. Zur Deckung des im Hinblick auf die anhaltende Steigerung aller Preise als besonders dringlich bezeichneten Geldbedarfs sollen Darlehen bei den drei landwirtschaftlichen Instituten Sachsens unter hypothekarischer Verpfändung der bewirtschafteten Güter aufgenommen werden.

— Nachdem der 1. Mai und der 9. November nach der Regierungsvorlage zu gesetzlichen Feiertagen bestimmt worden sind, haben sich die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei entschlossen, einen Antrag einzubringen: „Der Landtag wolle beschließen: Der Landtag wird aufgelöst!“ Damit rufen die beiden Rechtsparteien des Landtages die Wählerschaft des Landes zu einer Entscheidung auf. Die Vorgänge am Mittwoch im Landtage bei der Verhandlung des Justizetat beweisen aufs neue die Unhaltbarkeit der Verhältnisse in Sachsen. Die Kommunisten hatten zuerst den Justizetat abgelehnt, erklärten aber einige Stunden später ihr Verhalten als einen Irrtum und bekundeten die Ablichtung des Gehalt des Justizministers bewilligen zu wollen, eine Erklärung, die geschäftsordnungsgemäß nicht angenommen werden konnte.

— Tschechische Staatsangehörige bemühen sich in letzter Zeit, in Dresden und anderwärts Grundstücke zu kaufen. Der hohe Kronenkurs reizt dazu. Verschiedentlich wurde die behördliche Genehmigung verweigert, in anderen Fällen ein Valutazuschlag verlangt.

— 50 Meißner Juchtschweine werden am 3. Mai in Meißner verfestigert.

— Weit über 100% Dividende mehr als im Vorjahre. Das Sachsenwerk Licht und Kraft niedersiedlich bei Dresden zahlte für das abgelaufene Geschäftsjahr seinen Aktionären nicht weniger als 14 080 000 M. Dividende (im Vorjahre 8 400 000 M.). Also weit über 100% mehr! Die Tanklennen, Rücklagen, Abschreibungen usw. dürfen ebenfalls sehr erhebliche Summen betragen, so daß man sich ungefähr ein Bild machen kann von den Riesengewinnen dieses Werkes.

Dohna. Einen bemerkenswerten Beschluß faßte der hiesige Gemeinderat. Danach sind zuziehende unverheiratete Personen gleich bei der Anmeldung zu verständigen, daß sie unter 10 Jahren keine Aussicht haben, eine Wohnung zu erlangen, wenn die miltlichen Wohnungsverhältnisse weiter andauern.

Pirna. Im „Pirnaer Anzeiger“ lesen wir u. a.: Das kürzlich gefeierte Stiftungsfest des Männergesangsvereins von Weichig erfreute sich eines guten Besuchs. Der gesangliche Teil des Programms wurde durch Tabakqualm sehr beeinträchtigt; einige der Festteilnehmer hielten es sogar für angebracht, mit langen Pfeifen zu erscheinen. (Da fehlte nur noch der Schlafrock.)

Leipzig. In den letzten Monaten verhafteten die deutschen Behörden an den Grenzen zahlreiche Reisende, die mit falschen Pässen ausreisen wollten. Trotzdem die Dienststellen die amtlichen Stempel nach geheimen Verabredungen oft veränderten, wurden immer wieder Besitzer falscher Pässe erfaßt, die die erst eben wieder eingeführten Änderungen aufwiesen. Die Festgenommenen vertieten nichts, sondern erklärten nur, daß ihnen ein unbekannter Berliner die Pässe für 1500 M. verkauft habe. Die politische Abteilung der Berliner Polizei entdeckte zufällig in einem Hause Reukölln einen regen Fremdenverkehr. Am Sonnabend nahm man dort alle Fremden fest und entdeckte bei allen falsche Pässe und amtliche Bescheinigungen aller Art. Sie stammten nämlich von einem „Generaldirektor“ Hauser, der vor einem halben Jahre ohne einen Pfennig Geld aus dem Osten nach Berlin gekommen war. Durch einen Gummistempelarbeiter hatte er sich Amtsstempel und Formulare anfertigen lassen und diese nun verkauft. Das Geschäft ging so gut, daß er

balb Agenten anstellte und eine Filiale in Charlottenburg eröffnete. Seine Vertreter erhielten 10% der Einnahmen, wobei ihnen monatlich mindestens 20 000 M. garantiert wurden. Hauser ernannte sich bald zum Generaldirektor und eröffnete Zweigstellen in Leipzig, Düsseldorf, Hannover und Aachen. Er reiste nur Schlafwagen 1. Klasse und verhandelte mit den Provinzverkefren in den ersten Hotels. Bald hatte er auch Schmeisergesellschaften in Brüssel, London, Paris, Warschau und Kopenhagen eingerichtet. Kurlere fuhrten ununterbrochen hin und her, und ein besonderer Schutzdienst und ein Ueberwachungsdezernat sorgte für Schutz vor Nachstellungen der Behörden. Als man Hauser festnehmen wollte, war er vertrieben, angeblich nach Leipzig. Die dortige Polizei verhaftete nun, wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, die Leipziger Filialleiter und beschlagnahmte Geld, Dokumente und Stempel. Am Sonntag telephonierte Hauser aus Lichtenfelde nach seiner Zentrale und fragte, warum ein verabredetes Signal nicht komme, zum Zeichen, daß alles in Ordnung sei. Ein Kriminalbeamter versuchte sich zu verstellen, aber Hauser hingte schnell ab. Als er am Montag jedoch auf seiner Bank erschien, um vor der Flucht sein Geld abzuheben, konnte er verhaftet werden. Es stehen noch zahlreiche Verhaftungen bevor.

Schöneck. Mit 10 gegen 8 Stimmen beschloß der Stadtgemeinderat, Bürgermeister Dr. Lange in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt auf Lebenszeit zu wählen.

Kirchberg. Ein für die Gemeinde Kirchberg denkwürdiger Tag war der 1. April, an dem die Eingemeindung von Kirchberg nach Lugau Tatsache wurde. Der feierliche Akt wurde im Saale des Heilmannschen Gasthofes in Kirchberg vollzogen. Erschienen waren die Gemeindevorstände Rauner, Kirchberg, und Knoth, Lugau, ferner Vertreter der beiden Gemeinderäte usw. Gesang und Begrüßung eröffneten die Feier, worauf die Verpflichtung der Kirchberger Gemeindeangehörigen erfolgte. Der Amtshauptmann verpflichtete den bisherigen Gemeindevorstand Rauner als Verwaltungsinспекtor und 1. stellvertretenden Standesbeamten von Lugau. Er überbrachte die Glückwünsche der Amtshauptmannschaft und zollte Gemeindevorstand Rauner anerkennende Worte für seine Tätigkeit. Anlässlich der Eingemeindung wurde an sämtliche Unterstützungsempfänger von Kirchberg und Lugau eine Festgabe von 20 M. je Kopf ausbezahlt. Die Einwohnerzahl erhöht sich auf über 10 000.

Schöneheide. Strafmaßnahmen sind gegen zwei hiesige Hausbesitzer ergriffen worden, die trotz freistehender Wohnungen die ihnen zugewiesenen Obdachlosen des letzten Brandes nicht aufgenommen haben.

Schneeberg. Hier gibt es zurzeit keine Erwerbslosen mehr.

Oberwiesenthal. Der hiesige Stadtgemeinderat hat die Errichtung einer Zentralschule geplant.

Ebersbrunn. Bei der Beratung des Haushaltsplanes der Gemeinde sind 50 000 M. für das kommunale Beerdigungswesen mit 8 gegen 5 Stimmen eingesetzt worden.

Löbau. Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Löbau hat 60 000 M. als Beitrag zu den Kosten der Real- bezw. Oberrealschule in Löbau zur Verfügung gestellt.

Sächsischer Landtag.

Als der Landtag am Mittwoch vormittag 11 Uhr zu seiner vorletzten Sitzung vor den Osterferien zusammentrat, ahnte der Tribünenbesucher noch nicht, daß die heutige Sitzung eine verhängnisvolle Bedeutung für die sächsische Politik erhalten würde. Die Sitzung begann mit jurischgeheilten Abstimmungen. Der Etat des Justizministeriums wurde mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Kommunisten abgelehnt. Daraufhin wird morgen ein Ministerrat stattfinden, der über die durch diese Abstimmung geschaffene Lage beraten wird. Es sind Stimmen vorhanden, die mit einem Rücktritt des Justizministers rechnen, wenn er nicht von seiner Partei zum Weichen veranlaßt wird. Ja, selbst die Frage der Auflösung des Landtages ist in sichtbare Nähe gerückt. Warten wir ab, was die folgenden Tage dem Volke in dieser Angelegenheit bescheren werden. Erbt der Justizminister im Landtage eine Niederlage, so konnte das Wirtschaftsministerium mit der Zustimmung im Hause zufrieden sein. Der Etat des Wirtschaftsministeriums wurde angenommen, wenn auch nur mit der üblichen überaus großen Mehrheit der Linken des Hauses. Zum dritten Male beschäftigte sich darauf das Haus mit der Feiertagsfrage. Eine ganze Rednergarnitur hat sich auch heute wieder zum Wort gemeldet. Abg. Wagner (D. V.) bezeichnete den 1. Mai als einen Tag des Klassenkampfes und den 9. November als Feiertag zu machen, sei für den, der sein Volk liebe, undenkbar. Auch der volksparteiliche Abg. Häber, dem man wegen seines Fernbleibens der letzten Landtagssitzung eine bezeichnende Stellungnahme für die Feiertage andichtete, gab auch heute seiner Meinung dahin Ausdruck, daß zur Sache nichts mehr zu sagen sei. Der Standpunkt der Deutschen Volkspartei sei aus früheren Beratungen genau bekannt. Die Linke setzte sich wiederum für die Feiertage mit aller Energie ein. Die Abstimmung ergab dann auch bei Annahme

Des Oesentwurfes in unveränderter Form mit 40 Stimmen der Linken. Dann schritt das Haus zur Beratung des Antrages des Prüfungsausschusses, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Versorgung der Tageszeitungen mit Druckpapier zu angemessenen Preisen sichergestellt wird. Allseitig wurde die außerordentlich trübe Lage des Zeitungsgewerbes anerkannt und der Abg. Heßlein brachte auch eine Lanze für die geistigen Mitarbeiter. Im weiteren Verlauf zeigte sich der Landtag bei einer beträchtlichen Zahl von Vorlagen recht bewilligungsfreudig. Unter tiefstem Schweigen machte der volksparteiliche Abgeordnete Wäber dann Mitteilung davon, daß die beiden Rechtsparteien einen Antrag auf Auflösung des Landtages eingebracht haben, der vielleicht schon morgen zur Abstimmung kommen werde. Dann wurde in den Bewilligungen fortgeschritten und der Rest der Tagesordnung erledigt, bis zum Schluß der demokratische Abgeordnete Dr. Seppert namens seiner Partei die Anfrage an die Regierung richtete, ob sie der durch die heutige Abstimmung über den Justizetat geschaffenen Lage Rechnung tragen, zurücktreten und die Neubildung einer Regierung ermöglichen wolle und eventuell bereit sei, den Landtag aufzulösen. Ob die Regierung diese Anfrage morgen beantworten wird, darf man füglich bezweifeln.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 4. April.

Anfragen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst neun kleine Anfragen. Auf eine Anfrage des Abg. Hepp (D. Sp.) wird mitgeteilt, daß der Reichsbevollmächtigte für Oberschlesien, Minister a. D. Schiffer, beauftragt worden ist, wegen der Rückgabe des in das obereschlesische Abstimmungsgebiet einbezogenen Teiles des Kreises Namslau vorstellig zu werden. Wegen der Ermordung eines Schupoamten durch einen belgischen Offiziervertreter in Hamburg — Anfrage Adams (D. Sp.) — ist eine Untersuchung eingeleitet.

Dritte Lesung des Mantelgesetzes.

Es folgt dann die dritte Lesung des sogenannten Mantelgesetzes, in dem die 14 Steuererlasse und die Zwangsanleihe zusammengefaßt sind.

Abg. Dr. Heffers (Dnt.) lehnt das Mantelgesetz ab. Er erklärt, daß seine Freunde auch gegen die Kohlensteuer und zum Teil auch gegen die Umsatzsteuer gestimmt hätten. Seine Partei werde sich nicht durch die Hoffnung auf eine auswärtige Reparationsanleihe betören lassen. Eine solche Anleihe käme einer Verpfändung der deutschen Wirtschaft gleich. Auch gegen die Zwangsanleihe müßten schwere Bedenken geltend gemacht werden.

Abg. Eisenberger (Bay. V. V.) bedauert, daß man den Ländern die Steuerhoheit genommen habe. Dadurch sei die Reichsvereinfachung gefährdet worden. Die Finanzämter kennen sich nicht mehr aus. Die Kleinen, die Arbeiter und Selbstbedienenden, hat man gefaßt.

Abg. Seemann (U. Sp.) gibt im Namen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eine Erklärung ab, in der die im Mantelgesetz zusammengefaßten Steuererlasse, namentlich die Versteuern, für völlig unzureichend erklärt werden.

Abg. Heßlich (Komm.) Die Steuerpolitik bedeutet die Zugrundlegung unseres gesamten deutschen Volkes. Sie wird ein Massenverbrechen der Arbeiterklasse zur Folge haben. Der Redner nennt die Annahme des Vertrauensvotums eine schamlose Heuchelei und erhält dafür einen Ordnungsruf.

Abg. Rahmann (Soz.) verteidigt seine Partei gegen die kommunistischen Angriffe. Wir übernehmen die Verantwortung, weil es im Interesse der Massen liegt. Die Erfüllungspolitik im Rahmen des Möglichen darf nicht unterbrochen und die weitere Selbstverwaltung muß verhindert werden, den Besitzenden ein möglichst hoher Prozentsatz der Kosten auferlegt und eine Umstellung der Innenpolitik nach rechts verhindert werden.

Abg. Weder (D. Sp.) erklärt sich im Namen seiner Fraktion mit dem Mantelgesetz einverstanden.

Hierauf wird das Gesetz in dritter Lesung gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Finanzminister Dr. Hermes dankt den Kompromißpartei für die Annahme der Steuererlasse. Die Erhebung der neuen Steuern soll rasch und energisch durchgeführt werden. Das Ausland mag in diesem gewaltigen Steuerwert erkennen, daß wir gewillt sind, unseren Verpflichtungen nachzukommen. Neue Lasten über den Verfall der Vertrag hinaus können wir nicht tragen.

Abg. Roenen (Komm.) behauptet, daß durch diese Erklärung des Ministers die Debatte wieder eröffnet sei und bittet ums Wort. Es entspinnt sich eine stürmische Geschäftsordnungsdebatte, die zu einem wilden Tumult ausartet, als der Präsident dem Abg. Roenen das Wort entzieht. Als Roenen trotzdem weiter spricht, nimmt der Vizepräsident Roenen an, daß der Präsident sich gezwungen sieht, die Sitzung abzubrechen.

Französische Schupoheke.

In der Pariser Kammer hat man wieder einmal das Schreckgespenst der angeblich immer noch bestehenden geheimen deutschen Wehrmacht an die Wand gemalt. Im Laufe der Aussprache über die auswärtige Politik richtete die nationalistische Kammermehrheit heftige Angriffe gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Briand, dem man in seiner Entwaffnungspolitik gegenüber Deutschland schwere Vernachlässigung vorwarf. Bei dieser Hege zeichnete sich besonders Poincaré selbst aus, der seinen Vorgänger dafür verantwortlich machte, daß die Alliierten in der Frage der deutschen Schutzpolizei, die von Poincaré fälschlicherweise als zum regulären Heere gehörend bezeichnet wurde, seit dem Waffenstillstand und nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages eine ganze Reihe von Zugeständnissen gemacht hätten, sowohl hinsichtlich der Auflösungsfristen, als auch bezüglich der Vermehrung der Polizeikräfte. Die von den Alliierten bewilligten Polizeitruppen hätten einen militärischen Charakter und man müsse sie deshalb als eine Verstärkung des deutschen Heeres ansehen. Die Folge davon sei, daß Deutschland heute nicht 100 000 Mann Soldaten habe, wie der Vertrag vorschrieb, sondern über ein reguläres Heer von 250 000 Mann verfüge, ohne die irregulären Truppen, deren Zahl noch bedeutend höher sei.

Diesen völlig sinnlosen und unbegründeten Beschuldigungen, die offenbar nur als Vorwand für neue erpresserische Forderungen dienen und Deutschland jeden politischen Schutzes berauben sollen, ist der Reichsminister des Innern Dr. Röster erschütternderweise sofort im Reichstag ganz energisch entgegengetreten. Im Interesse der Augenblicklich mit General Rollet schwebenden Verhandlungen erklärte er sogleich nach Bekanntwerden der französischen Heeresziffern, daß einmal ein Unterschied besteht zwischen Reichswehr und Schutzpolizei und daß Deutschland sich genau an die Bestimmungen des Friedensvertrages hält, die ihm ein stehendes Heer von 100 000 Mann und eine

Wortzeitmacht von 150 000 Mann gestatten. Deutschland ist auch den Beschlüssen späterer Entente-Konferenzen nachgekommen, hat die stärkere Schutzpolizei auf 80 000 Mann herabgesetzt und sie jeden militärischen Charakters entkleidet. Vor kurzem noch hat sich Deutschland verpflichtet, von dem Rechte der Verstaatlichung weiterer Polizeiverwaltungen nur im Einvernehmen mit der Kontrollkommission Gebrauch zu machen, sämtliche Nachrichten- und Kraftfahrformationen aufzulösen, die Kasernierung aufzuheben, die Uniformen nach Abtragen in eine nicht feldmäßige Farbe zu ändern, die aus Meeresbeständen stammenden Nachrichtengeräte abzuliefern, alle Zentraldepots der Einzeländer aufzulösen, die Instandhaltung der Waffen gemäß der Note der Kontrollkommission vorzunehmen und sämtliche Polizeifahrzeuge mit Propensystem abzuliefern.

Mit Recht warf er die Frage auf, ob diese 80 000 Mann Schutzpolizei, die mit der Reichswehr in keiner Weise zu vergleichen sind, irgendwie als eine militärische Bedrohung Frankreichs angesehen werden könnten, zumal tief in deutschen Landen 135 000 bis an die Zähne bewaffnete französische, englische, belgische und amerikanische Soldaten stehen, von denen jeder Soldat Deutschland mehr kostet als ein Ministergehalt! Aber in Frankreich zähle man die Technische Nothilfe und alle Sports- und Regimentsvereine einfach der Reichswehr zu, obwohl diese Vereine mit militärischen Dingen nichts zu tun haben.

Was die in der französischen Kammer mehrfach erwähnten geheimen Organisationen betrifft, die angeblich immer noch in Deutschland bestehen sollen, so erinnerte der Minister daran, daß die Reichsregierung alle der Verfassung und den Gesetzen zuwiderlaufenden Organisationen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft. Zum Schluß gab der Minister den ehemaligen Gegnern Deutschlands zu bedenken, welche schwere Verantwortung für ganz Europa sie treffen würde, wenn sie die deutsche Schutzpolizei die wir doch nur infolge unerlässlicher Lebensnotwendigkeiten zu halten gezwungen sind, zerschlagen würden.

Die Aussichten für Genua.

Optimistische Auffassung des italienischen Außenministers.

Nachdem Poincaré und Lloyd George über die Aufgaben und die Aussichten der Genuaer Wirtschaftskonferenz in großen Parlamentreden auseinandergesetzt und die Zustimmung der Parlamente zu ihrer Politik gefunden haben, hat jetzt auch der italienische Außenminister Schanzer seine Ansicht über die bevorstehende Konferenz geäußert. In einer Unterredung mit dem römischen Berichterstatter des Reuterschen Bureaus erklärte der Minister, man könne von der Genuaer Konferenz keine Wunder erwarten und auch nicht erwarten, daß alle großen internationalen Probleme, die noch immer die Welt beschweren, gelöst werden. Andererseits würde es ein großer Fehler sein, mit Zweifel und Skeptizismus in die Zukunft zu blicken.

Die Bedeutung der Konferenz gehe aus der Tatsache hervor, daß zum ersten Male seit dem Kriege wieder Sieger und Besiegte ohne Unterschied zusammenzutreffen werden, um gemeinsam die Interessen Europas zu erörtern. Die Tatsache, daß Deutschland und Rußland an den Beratungen teilnehmen werden, sei an und für sich schon von Bedeutung. Die ersten Erörterungen in Genua würden die verschiedenen Standpunkte zutage fördern, und würden die Grundlage für günstige Ergebnisse legen, die dem wirtschaftlichen Leben Europas einen neuen Antriebs geben würden. Die Genuaer Konferenz werde Europa auf den Weg des Wiederaufbaues bringen und wenn sie vielleicht auch nicht in der Lage sein werde, vollkommen alle Probleme zu lösen, so werde sie doch wenigstens die gesamte europäische Lage klären. Der Erfolg der Konferenz werde abhängen von der Klugheit und Mäßigung aller Teilnehmer. Er selbst sei optimistisch, da er der Ansicht sei, daß alle Teilnehmer sich der außerordentlichen Verantwortung bewußt sein würden, die sie übernehmen. Stellen gehe auf die Konferenz mit dem vollen und jüngerem Glauben an ihren Erfolg.

Deutsch über Genua.

Im Ausschuß des Prager Abgeordnetenhauses machte der tschechische Ministerpräsident Beneš nähere Angaben über das Programm für Genua. Als erste Aufgabe der Konferenz bezeichnete er die Wiederherstellung Rußlands und die Annäherung von Beziehungen mit ihm. Der praktische Plan der Wiederaufrichtung Rußlands sei folgender:

1. Liquidierung der alten russischen Verbindlichkeiten aus der Vorkriegszeit.
2. Die Eröffnung einer ständigen Kommission zur Kontrolle dieser Verbindlichkeiten.
3. Prüfung der Frage, bis zu welchem Maße und unter welchen Bedingungen fremdes Kapital in Rußland angelegt werden kann. Ferner die Frage der persönlichen Sicherheit der Ausländer, der Konfiskation der Vermögen und der Gültigkeit ihrer Urteile sowie das Problem der Beteiligung fremder Gerichte, eventuell als „Mittler, in Streitigkeiten zwischen Russen und Ausländern.
4. Die Methode der praktischen aufbauenden Arbeit auf dem Gebiet Rußlands.

Der zweite Hauptpunkt der Konferenz sei das Problem der Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen und geschäftlichen Lebens überhaupt und in Zentraleuropa im besonderen.

Die dritte große Aufgabe der Konferenz

sei der Versuch, zwischen den ehemals feindlichen Staaten und den Neutralen zum ersten Male nach dem Weltkriege direkte Beziehungen herzustellen, die europäische Interessengemeinschaft zu erneuern und die jetzt noch bestehende Kriegspsychose aus der Welt zu schaffen.

Diese drei Probleme sollen zwei bis drei Spezialkommissionen zur Prüfung überwiesen werden, die dann der Vollkonferenz Bericht erstatten sollen.

Deutschlands Milchproduktion.

Genossenschaftswesen und der Milch-erzeuger.

Bei der Wichtigkeit des Genossenschaftswesens im Milchgewerbe ist ein Aufsatz in der „Milchwirtschaftlichen Zeitung“ von Belang, der über den Stand der Milchgenossenschaften und der angeschlossenen Milch-erzeuger Aufschluß gibt. Nach den Mitteilungen zur Genossenschaftsstatistik, bearbeitet von der Zentral-Genossenschaftsklasse, waren vor dem Kriege im Genossenschaftswesen eingetragen: 3399 Milchlieferungs- und Molkereigenossenschaften; daran waren 314 859 Milch-erzeuger beteiligt. Daneben bestanden etwa 1500 freie Molkereigenossenschaften, besonders in Schleswig-Holstein, Bayern und Württemberg. Wenn man deren Mitglieder anstatt bei den eingetragenen Genossenschaften auf 93, auf 70 veranschlagt, so erhält man weitere 105 000 Milchherzeuger. Es liefern also rund 420 000 Landwirte ihre Milch an einen gemeinsamen Molkereibetrieb ab. In Süddeutschland sind allerdings die Molkereigenossenschaften oft nur Molkereibaugenossenschaften. Der Betrieb wird an einen Unternehmer verpachtet. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache dürfte die Zahl der genossenschaftlich organisierten Milchwirte vor dem Kriege auf etwa 380 000 belaufen haben. Dieser Zahl sind allerdings alle die Milchherzeuger hinzuzurechnen, die, ohne Mitglieder zu sein, an die Genossenschaften lieferten. Dies waren nach der Statistik von 1914 rund 20 vom H. Es werden also insgesamt 460 000 Milchherzeuger ihre Milch an Genossenschaften abgegeben haben.

Die Zahl der Milchwirte, die an Eigenmolkereien beteiligt waren, ist schwer zu berechnen. Nach der Gewerbezählung von 1907 bestanden insgesamt 12 624 Molkereibetriebe, deren Zahl etwa 13 000 erreicht haben dürfte. Nicht man hiervon die Zahl der Genossenschaftsmolkereien ab, so erhält man etwa 8000 Eigenmolkereien. Infolge des geringen Umfanges kann man vielleicht mit 40 Milchlieferern für jeden Betrieb rechnen. Das ergibt 320 000 Milchwirte oder unter Hinzurechnung der 40 000 Molkereibaugenossenschaften angeschlossenen Landwirte rund 360 000. Nach diesen schätzungsweise Berechnungen übereinstimmen die Genossenschaftsmolkereien in Hinsicht auf die Lieferergabe die Eigenmolkereien beträchtlich.

Diese dem Genossenschaftswesen günstige Entwicklung wird aber infolge der anders gelagerten Absatzmöglichkeiten kaum so weit gehen können, wie z. B. in Dänemark wo schon 1903 mehr als 82,3 v. H. aller landwirtschaftlichen Betriebe mit Wahrunghaltung bei einer Molkereigenossenschaft beteiligt waren.

Nach der Betriebszählung von 1917 waren in Deutschland 5,7 Millionen landwirtschaftliche Betriebe vorhanden, die vielleicht etwas über 4 Millionen Haushaltungen darstellen. Bei insgesamt etwas über vier Millionen Haushaltungen hatten wir also in Deutschland eine Beteiligungsziffer an Genossenschafts- und Eigenmolkereien von rund 20 v. H. Es geht aus dieser Statistik hervor, daß dem Milchgenossenschaftswesen noch ein weiter Spielraum zur Verfügung steht.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 6. April 1922.

Als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums auf der Konferenz in Genua ist der Ministerialrat Geh. Rat Dr. Weigert bestimmt worden.

Der Führer der Mehrheitssozialisten Abg. Scheidemann leidet an einer hartnäckigen Darmkrankheit, die ihn noch mehrere Wochen an das Bett fesseln dürfte.

Am 1. Juni sollen in Ludwigshafen und Bismarck französische Handelskammern errichtet werden.

Die bedrohten Weichselbüdler. Durch den ostpreussischen Vertreter beim Reichs- und Staatsministerium wurde dem Reichspräsidenten eine Entschuldigend der nach Berlin entsandten Deputation in Sachen der deutsch-polnischen Weichselgrenzfestsetzung übergeben. Der Reichspräsident hat nun dem ostpreussischen Vertreter ein Schreiben zugehen lassen, in dem er der Deputation die Versicherung ausdrückt, daß die Reichsregierung nicht aufhören wird, mit allen Kräften unser Recht auf die bedrohten Weichselbüdler zu verteidigen. Die Bande, die die Ostpreußen mit dem übrigen Deutschland verknüpfen, seien untrennbar. — Zwischen deutschen und alliierten Sachverständigen werden in kurzer Zeit Beratungen über die Frage der Grenzziehung an der Weichsel beginnen. Dabei werden in der Hauptsache die Fragen eines freien Zuganges zur Weichsel und die Möglichkeiten für einen einheitlichen Deichschutz erörtert werden.

Der obereschlesische Bergbau und Woten. In der letzten Sitzung des Reichswirtschaftsrates erklärte das Mitglied Geh. Bergrat Hilger die über seine Person in Umlauf gesetzten Gerüchte, wonach er aus dem Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein ausgeschieden oder ausgeschlossen sei und einen polnischen Industriellenverband um Aufnahme in die polnische Organisation gebeten habe, für vollkommen unzutreffend. Er und seine Verwaltung, die Vereinigte Königs- und Laurahütte, sei aus dem Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein weder ausgeschlossen noch ausgetreten, sondern gehören demselben noch heute an. Er habe niemals den Verband der polnischen Eisenhüttenwerke oder irgendeine andere polnische industrielle Organisation um Aufnahme gebeten, konnte also auch nicht abgewiesen werden. Endlich habe er niemals mit der polnischen Regierung wirtschaftspolitische Verhandlungen vorgenommen, habe auch keine Loyalitätsklärung abgegeben oder Zusicherungen oder Versprechungen irgendwelcher Art gemacht; er konnte also auch dort keine Abweisung erfahren. An den gesamten über ihn verbreiteten Nachrichten sei auch nicht ein wahres Wort.

Der Dänischen Verein gegen die oberstele...
Autonomie. Der Deutsche Ostmarkenverein wendet sich
in einer Erklärung gegen eine Autonomie des bei
Deutschland verbleibenden Teiles Oberschlesiens. Der
Vorstand des Ostmarkenvereins ist der Überzeugung,
daß eine Trennung des uns verbleibenden Teils von
dem Mutterlande und dessen Umwandlung zu einem
besonderen Staatsgebiet von den bedenklichsten Fol-
gen begleitet sein würde. Angesichts der sicheren Ge-
fahr eines Nationalitäten- und Sprachenkampfes, der
von polnischer Seite mit den bekannten Mitteln ge-
führt werden würde, bietet gegen die Übergriffe unserer
Gegner nur die feste Zusammengehörigkeit mit dem
preussischen Staatswesen eine Bürgschaft für die Wie-
derherstellung der Ordnung in Oberschlesien und die Wieder-
herstellung seiner einstigen Blüte. Der Vorstand des
Deutschen Ostmarkenvereins fordert seine Mitglieder
auf, in diesem Sinne zu wirken.

Die Entschädigung für die Opfer der „Lusi-
tania“. Nach einer Meldung aus Washington hat
Präsident Harding den Senat davon in Kenntnis ge-
setzt, daß er mit Deutschland über die Regelung der
Ansprüche amerikanischer Bürger wegen des Unter-
gangs der „Lusitania“ verhandele.

Die Bedingungen der Zweiten Internationale
Am dritten Verhandlungstage der in Berlin stattfindenden
sozialistischen Weltkonferenz im Reichstag ver-
las der Vorsitzende der 2. Internationale, Macdo-
nald, eine Erklärung des Komitees der 2. Inter-
nationale, in der sich dieses mit einer allgemeinen
Konferenz einverstanden erklärt unter der Bedingung
daß die Vertreter der 3. Internationale zuvor fol-
gende drei Bedingungen annehmen: 1. Verzicht auf die
Taktik der Fellenbildung, 2. Bildung einer Kommissi-
on bestehend aus Mitgliedern der drei Exekutiven zur
Untersuchung der Lage in Georgien, 3. Befreiung der
politischen Gefangenen in Rußland bezw. ihre Aburtei-
lung vor ordentlichen russischen Gerichten unter der
Kontrolle internationaler Sozialisten. Nur bei An-
nahme dieser Bedingungen, so erklärte Macdonald
sei er überzeugt, daß eine allgemeine Konferenz zu
standekomme und daß sie noch vor Ende dieses Som-
mers stattfinden könne. Aufgabe dieser Konferenz wür-
de es dann auch sein, zu dem Ergebnis der Konferenz
von Genua Stellung zu nehmen.

„Times“ meldet aus Rom, der Papsi werde dem-
nächst eine Note an die Führer der in Genua verammel-
ten Delegationen richten, worin er den Standpunkt des
Vatikans zur Genueser Konferenz darlegen wird.

Royd George wird am Freitag mit den Ministern
Curzon, Borne und Evans nach Genua abreisen. Die Frage,
ob er auf der Durchreise in Paris eine Begegnung mit Poi-
nare haben wird, ist noch nicht entschieden.

Das gesamte portugiesische Kabinett ist zurückgetreten.

Frankreich: England verlangt Rückzahlung der
Schulden.

Die englische Regierung hat in Paris eine Note über-
reichten lassen, worin die französische Regierung davon in
Kenntnis gesetzt wird, daß der französisch-britische Dreijahres-
vertrag, der demnächst abläuft, und unter dem Frankreich
in Großbritannien keine Zinsen für die während des Krieges
vom britischen Schatzamt geliehenen Beträge zahlt, nicht
erneuert wird. Als Grund wird angegeben, England
selbst sei verpflichtet, die Zinsen für seine Schulden an
Amerika zu zahlen. Das „Echo de Paris“ schließt daraus,
daß nunmehr die Frage der interalliierten Schulden an
Amerika nun auch von England aufgerollt worden sei.
Die französische Regierung habe vor, auf das Verlangen an
Lord Curzon dieser Tage zu antworten.

Frankreich: Keine Verlängerung der Militärdienstzeit.

Bei der Beratung über das Militärdienstpflichtgesetz
begründete der Abgeordnete Venozet einen Antrag auf Ein-
führung der einjährigen Dienstzeit. Namens der
Regierung erklärte General Vuat, nach dem System Venozet
könnten weder die schwere noch die weitrtragende Ar-
mille noch die Luftfahrt noch schließlich gewisse Geniedien-
stleistungen ausgebaut werden. Frankreich müsse im Rhein-
lande eine Armee von 85 000 Mann unterhalten,
zurzeit 6 Divisionen. Nach dem Gegenentwurf Venozets wür-
den für denselben Zweck 18 Divisionen nötig werden, und
das in Friedenszeiten. Auch Ministerpräsident Poincaré
trat für die 18monatige Dienstzeit ein und erklärte, daß
die Einführung der einjährigen Dienstzeit zurzeit eine Un-
möglichkeit sei. Die Regierung sei entschlossen, eine Verling-
erung der Heeresstärke durchzuführen, schon um die Verleum-
ungen (H) aus der Welt zu schaffen, von denen Frankreich
verfolgt werde. Dennoch müsse Frankreich sich die Mittel
zu seiner Sicherheit erhalten. Dies sei schon ein Erfordernis
zur Durchführung des Friedensvertrages. Die Regierung
nehme alle Verantwortung auf sich. Bei der Abstimmung
wurde der Antrag Venozets auf Einführung der einjährigen
Dienstzeit mit 314 gegen 227 Stimmen abgelehnt.

Italien: Der Vatikan für Karls Hinterbliebene.

Auf eine Anregung des Königs von Spanien hin
wendet sich das offizielle Organ des Vatikans, der „Osser-
vatore Romano“, an die Entente mit der Forderung
in Verbindung der finanziellen Kollage der Habsburger-
nämlich in Madeira. Gleichzeitig wird die Entente gebeten,
die Verbannung in Madeira aufzuheben, da die Internie-
rung auf einer zeitweise ungesunden Insel eine unnötige
Braumittelbedeutung habe.

Portugal: Die Totenfeier in Lissabon.

Der Leichnam des Kaisers Karl ist in ungarischer
Kleidung aufgeführt. Die Feierlichkeiten werden in der
Kathedrale abgehalten. Der König von Spanien
hat den spanischen Konsul angewiesen, ihn bei der Be-
setzung zu vertreten. Die portugiesische Regierung hat der
Kaiserin Maria und dem Erzherzog Otto ihr Beileid aus-
sprechen lassen.

Der Kampf um die Schule.

Berlin, 5. April. Der Reichsausschuß für
Bildungswesen hat bei der Abstimmung über den
grundlegenden Paragraphen des Reichsschulgesetzes die
Anträge der Demokraten, Sozialdemokraten und Un-
abhängigen abgelehnt. Angenommen wurden in gleich-
lautender Fassung die Anträge der Deutschen Nationalen,
der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, welche
dem § 1 folgenden Wortlaut geben:

„Die Volksschulen sind entweder Gemeinschafts-
schulen (§ 2) oder Volksschulen (§ 3) oder be-
kanntlich freie Schulen (§ 4). Von drei Schularten
dieses Gesetzes ist gleichmäßig freie Entwicklungsmög-
lichkeit zu geben.“

Eine demokratische Resolution, welche ausführt, daß

der Inhalt der angenommenen Entwürfe im Wider-
spruch zum Wortlaut und Geist der Verfassung steht,
gelangte noch nicht zur Abstimmung. Diese wurde
bis auf das Ende der Beratungen verschoben.

Kwalow vermisst in Berlin.

Berlin, 5. April. Der aus Berlin und im-
wischen auch aus Hamburg ausgewiesene russische Frei-
korpssführer Fürst Kwalow vermisst sich seit
Ende voriger Woche in Berlin, wo er mit Erlaubnis
der Behörden vor seiner Ueberführung nach Amerika
einige dringende Privatangelegenheiten regeln will.

Die deutschen Wirtschaft- und Sachverständigen für
Genua.

Berlin, 5. April. Wie die „Zeit“ hört, werden
der deutschen Abordnung für Genua als Vertreter der
Finanzwelt und des Handels folgende Herren ange-
hören: Franz von Wendelssohn, der Vorsitzende
der Berliner Handelskammer, Dr. Reichler von der
Bankfirma Warburg in Hamburg und der frühere
Staatssekretär Dr. Bergmann von der Deutschen
Bank, ferner Geheimrat Dr. Duisburg-Deverfusen,
Geheimrat Dr. Bücher, Geschäftsführer des Reichs-
verbandes der Deutschen Industrie und Direktor Hans
Krämer, der Vorsitzende des Reparationsaus-
schusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, weiter
Geheimrat Cuno, Direktor der Hapag, und endlich
der frühere Reichsarbeitsminister Bissell als Ver-
treter der Gewerkschaften.

Die Abreise des Reichszanlers verschoben.

Berlin, 5. April. Reichszanler Dr. Wirth,
der ursprünglich heute abend zur Frankfurter Messe
fahren wollte, um von dort nach Genua weiter zu
reisen, hat den Termin seiner Abreise verschoben müs-
sen. Voraussichtlich wird er im Laufe des Donner-
stags Berlin verlassen. Die Hauptdelegation mit den
Sachverständigen wird unter der Führung des Reichs-
außenministers Dr. Rathenau erst am Sonnabend ab-
reisen.

Die Londoner City hat kein Interesse an Genua.

London, 5. April. „Times“ schreibt, in Anbe-
tracht der Tatsache, daß die wirtlichen wirtschaftlichen
Fragen von dem Programm der Genueser Konferenz
ausgeschlossen würden, sei das Interesse der City an
der Konferenz äußerst gering.

Die Vorbereitungen der Neutralen.

Bern, 5. April. Heute nachmittag haben die
Verhandlungen der neutralen Sachverständigen über
das Programm der Konferenz von Genua begonnen,
denen sich bekanntlich am 8. April eine Aussprache
der neutralen Delegierten anschließt wird. Die Ver-
handlungen werden geheim geführt.

Franszösische Zustimmung zur Vorkonferenz.

Paris, 5. April. Die französische Regierung
hat nunmehr den auf englische Anregung erfolgten
Vorschlag Italiens angenommen, wonach vor der offi-
ziellen Eröffnung der Konferenz von Genua eine
Vorbereitung der verschiedenen Delegationsführer
abzuhalten wäre. Bereits am 8. April werden die
Vertreter der kleinen Entente und am nächsten Tage
die fünf Großmächte zusammentreten, um eine Tages-
ordnung aufzustellen.

Volkswirtschaft.

Die Frankfurter Messe wurde von Vertretern
der Reichs- und einzelstaatlichen Regierungen, darunter
Reichswehrminister Seeber, Handelsminister Siering,
württembergischer Staatspräsident Dr. Hieber, hessi-
scher Staatspräsident Ulrich, besucht. Das Mes-
geschäft ist in den meisten Branchen andauernd gut,
in einigen Artikeln sogar hervorragend. Der große
Besuch macht sich auch im Straßenverkehr der
Stadt geltend, dessen Einnahmevertrag an den beiden
ersten Messetagen so groß gewesen ist, daß er alle bis-
herigen Messetage in den Schatten stellt.

Berlin, 5. April. (Börse.) Die Börse erwartet von
der Genuakonferenz nichts Gutes und brachte ihre Stimmung
in einer leichten Geschäftsunruhe zum Ausdruck. Auf fast
sämtlichen Gebieten neigten die Kurse nach unten.

Berlin, 5. April. (Warenmärkte.) Amtliche
Notierungen für 50 Kilo ab Stationen: Weizen Märkischer
845-851, Roggen Märkischer 629-632, Sommergerste 621
bis 630, Sommergerste 710-720, Hafer Märkischer 625
bis 635, Mais April 518-522, Weizenmehl (100 Kilo)
2040-2180, Roggenmehl 1400-1510, Weizenkleie 460,
Roggenkleie 470, Weizen 1100-1125, Viktoriaerbsen 660
bis 700, kleine Speisererbsen 590-600, Futtererbsen 530
bis 590, Lupinen blaue 600-650, Lupinen gelbe 885
bis 890, Seradella neue 1400-1450, 1920er 1100-1350,
Napfschmalz 525-530, Troadenschmalz 425-435, Vollwertige
Zuckerhutzel 485-525, Torfmehl 175-185. — Heu
und Stroh. Großhandelspreise für 50 Kilo ab Station:
Drahtgepreßtes Roggen- und Weizenstroh 88-100, draht-
gepreßtes Haferstroh 95-103, bindfadengepreßtes Roggen- und
Weizenstroh 78-82, loses und gebündeltes Arumstroh 57
bis 67, Häffel 102-108, handelsübliches Heu 180-195,
gutes Heu 200-225 Mark.

Berlin, 5. April. (Schlachtviehmarkt.) Aus-
trieb: 2000 Rinder, 2650 Kälber, 2293 Schafe, 8288
Schweine, 259 ausländische Schweine. Preise für 1 Pfund
Lebendgewicht: Rinder 12-25, Kälber 16-22, Schafe 12
bis 21 und Schweine 22,50-32 Mark. Geschäft lebhaft.
Auftrieb auf dem Magerviehmarkt: 1855 Ferkel und Säug-
schweine. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht: Ferkel 35
bis 35, Säugschweine 18-25 Mark. Anfangs war das Ge-
schäft flott, später flaute es ab.

Der Stand der Markt. Es folgten nach den amt-
lichen Notierungen der Berliner Börse am

	5. 4.	4. 4.	1914
100 holländische Gulden	119 5	124 84	167, — M.
100 belgische Franken	267 6	278 4	80, — „
100 dänische Kronen	667 1	698 1	112, — „
100 schwedische Kronen	822 9	856 9	112, — „
100 italienische Lire	166 8	174 7	80, — „
1 englisches Pfund	1387	1443	20, — „
1 Dollar	815	825	4,20 „
100 französische Franken	288 9	300 1	80, — „
100 schweizerische Franken	6107	636 3	80, — „
100 tschechische Kronen	585	618	—, — „

Soziales.

Todesurteil für einen Raubmörder. Auf Grund
des Spruches der Geschworenen in Berlin wurde Mar

Rohde wegen Mordes und schweren Raubes zum Tode
verurteilt. Der Angeklagte Emil Rohde, der um die
Zeit seines Bruders gewußt haben soll, wurde freige-
sprochen. Max Rohde hatte in einem Walde in der
Provinz Brandenburg seinen Vetter meuchlings er-
mordet und ihm die Wertschaft geraubt.

We-Be-Co.

Ein verkrachtes Schwindelunternehmen
a la Klante.

Im ganzen deutschen Reich erregte eine mark-
tschreierische Kellame (Plakate, Inserate, Prospekte usw.)
einer Gesellschaft, die sich Wohnungsbeschaf-
lungs-Compagnie, kurz We-Be-Co nannte, Auf-
sehen. Anfangs beschäftigte sich das Unternehmen an-
geblüh mit Wohnungstauschen und Grundstücks-
vermittlungen, dehnte aber bald den Geschäftsbetrieb
auf den Ankauf und Verkauf von Geschäften und
kaufmännischen Unternehmungen jeder Art, von Berg-
werken, Gruben, Steinbrüchen, Waldun-
gen, Forstlagern, Parzellen, Villen, Wohnungen, Ba-
ros und auch Sanatorien aus. Sie beteiligte sich
an Unternehmungen jeder Art, finanzierte ge-
nerelle Unternehmungen auf allen Gebieten, fanterte
kapitalschwache und unrentable Betriebe jeder Rich-
tung, übernahm die Durchführung von Finanzgeschäf-
ten im In- und Auslande, vermittelte Hypotheken
und Betriebskapital und besaß sich auch mit Erledi-
gung von Warentransporten und Versicherungen. So
las man auf den Anpreisungen der We-Be-Co.
In Wirklichkeit hat sie nie derartige Geschäfte gemacht;
betrug doch das mit 500 Millionen Mark angegebene
Kapital der Gesellschaft bei der Ausbeutung des Schwin-
delunternehmens nur — 5000 Mark.

Es stellte sich heraus, daß die We-Be-Co, die be-
hauptete, ein Bergwerk am Rhein zu besitzen
und eine Stadt daselbst in 8 Monaten mit Wol-
kenkratzern und unzähligen Häusern bauen wollte
sich als ein sozialistisches Unternehmen mit
Gewinnbeteiligung bezeichnet hatte und jeden
Arbeiter und Angestellten den Himmel auf Erden
versprach. Sie gab Anteilsscheine zu 1000 Mark aus
und kündigte dies pomphaft an, indem sie — wie
Klante — 50 Prozent Dividende in kurzer Zeit
versprach. Das ganze Unternehmen, das in Anzeiger
nicht weniger als 50 000 Arbeiter und Angestellte
kaufmännisches und technisches Personal, Direktoren
und Prokuristen, Bergbau-Ingenieure und Inge-
nieure, Ärzte, Apotheker und Drogeristen, Mauremessen
und Handwerker jeder Art, Krankenhauspersonal und
endlich auch Hebammen suchte, war von einem jungen
Betrüger Mattern, der sich „Generaldirektor“
der We-Be-Co nannte, ins Leben gerufen worden.
Er setzte zwei Subdirektoren ein, die an dem Betrug
beteiligt waren und bereits polizeilich erwischt sind,
während sich der „Generaldirektor“ aus dem Staube
gemacht hat. Bei der Ausbeutung des Betrugs der
Gesellschaft in Berlin spielten sich die ähnlichen Szenen
ab, wie bei der Verkrachung der Weltkongresse.
Die zahlreichen Dummen, die ihr Geld dem
„Wiesenerunternehmen“ zur Verfügung gestellt hatten,
mußten während einsehen, daß sie geprellt waren.

Aus Stadt und Land.

Die Zahl der Auswanderer aus Deutschland
betrug im Jahre 1921 23 451 Personen, davon 12 754
männliche und 9 699 weibliche. Der größte Teil des
Auswanderer verließ über Hamburg, Bremen und Göt-
tingen, ein kleiner Teil durch die Niederlande die deut-
sche Heimat.

Sturmwehler in Süddeutschland. Ein durch-
greifender Wetterumschlag ist in Baden und Württemberg
erfolgt. Es haben orkanartige Südwestwinde eingesetzt,
und selbst in den hohen Gebirgsregionen des Schwarz-
waldes ist der Schnee in Regen übergegangen, so daß
gewaltige Schneemassen jetzt schnell abzuschmelzen be-
ginnen.

Man dankt für Franzosen! In der „Weser-
zeitung“ wird ein Briefwechsel zwischen einem fran-
zösischen Syndikat in besetzten Gebiet und dem Bür-
germeister von Jülich mitgeteilt. Das Syndikat hatte
um Aufnahme französischer Familien zur Sommerzeit
in dem Badeort Jülich gebeten. Darauf schrieb der
deutsche Bürgermeister: „Sämtliche Hotel- und Pen-
sionshausbesitzer lehnen einmütig die Aufnahme fran-
zösischer Familien ab. Jeder andere Ausländer soll
uns willkommen sein. Wir muten unseren deutschen
Kurgästen nicht zu, auch noch während ihres Erho-
lungsaufenthaltes durch die Anwesenheit von Fran-
zosen daran erinnert zu werden, wie unarmbrüsig
besonders Frankreich unser armes Vaterland bedrückt
hat. Viele Deutsche aus dem besetzten Rheingebiet
würden, statt Erholung zu finden, nur ersten Schaden
an ihrer Gesundheit leiden, wenn sie auch hier täglich
den Anblick der Franzosen erdulden würden.“

Ein sechsjaheer Raubmord ist in einem einsa-
men, am Walde gelegenen Bauernhof der nur aus
drei Höfen bestehenden Einöde Kallfeld (Gemeinde Wan-
gen bei Schrozenghausen, Oberbayern) verübt worden.
Dort wurden die 70 jährigen Austragsbauersleute Gruber,
die Hofbesitzerin Gabriel, ihr achtjähriges Mäd-
chen und ihr dreijähriger Knabe sowie noch eine un-
bekannte zu Besuch gekommene andere Bauersfrau tot
aufgefunden. Die Leichen lagen mit eingeschlagenem
Schädel teils im Wohnzimmer, teils im Stall und in
der Scheune. Was geraubt wurde, steht noch nicht
fest. Aus Neuburg an der Donau und München sind
Gerichtskommissionen an die Nordstelle abgegangen.

Ein bemerkenswerter Altertumsfund. In Bol-
schhausen in Thüringen hat Prof. Bremer aus Mar-
burg ein neues großes Kneufeld entdeckt, bei dem
er bereits 25 Gräber aus der Zeit 200-600 vor
Christi festgestellt hat.

Raubüberfall in Kattowitz. Drei bewaffnete
Banditen drangen in Kattowitz in die Wohnung eines
Kaufmanns ein, zwangen diesen zur Herausgabe des
Waldschrankschlüssels und raubten etwa 400 000 Mark
in deutschem Gelde und 40 Kilogramm Silber.

Ein Missetatverbot für Deutschland. Die Reichs-
tagabgeordneten Sollmann und Gen. erließen den
Reichstag zu beschließen, die Reichsregierung zu er-

suchen, alsbald eingehende Ermittlungen über die wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sittlichen Wirkungen der Alkoholverbotsgesetzgebung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika anzustellen, dem Reichstage die Ergebnisse dieser Ermittlungen zugänglich zu machen und zu erwägen, welche Folgerungen aus diesem Material für die deutsche Gesetzgebung zu ziehen sind.

Explosionskatastrophe in Marokko. In Rabat (Marokko) hat eine heftige Explosion den gesamten Artilleriepark von Kenitra zerstört. Das Feuer hat auf die benachbarten Kasernen übergreifen. Die Bevölkerung räumt die Stadt. Die Explosion und die Feuerbrünste dauern an. Ueber die Entstehungsursache wird noch nichts mitgeteilt.

Gedenktage für den 6. April.

- 1443 * Der Vater Raffael Santi in Urbino († 1520)
- 1528 + Albrecht Dürer in Nürnberg (* 1471) - 1840
- * Der Afrikaerziehende Wilhelm Junker in Rostock († 1893)
- 1870 * Der Komponist Josef Strauss in Wien - 1884
- + Der Dichter Emanuel Geibel in Lübeck (* 1815) - 1917
- Österreich-Ungarn bricht die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ab - (30. April) Doppelschlacht Milne-Champagne - 1918 (bis 30. April) Schlacht bei Arras - 1920 Befreiung des Waingates durch die Franzosen.

5. Klasse 180. Sächsl. Landes-Lotterie.

Alle Nummern, über welchen kein Gewinn steht, sind mit 600 Mark gegenwärtig. (Nicht Gewinn der Nächsten. - Nachdruck verboten.)

I. Ziehungstag vom 5. März 1922.

40000	Nr.	118908	Richard Krieger, Reichen L. Sa.
50000	Nr.	112987	Hildegard Krieger, Reichen L. Sa.
10000	Nr.	201678	Elio Schöner, Reichen L. Sa.
10000	Nr.	81329	Richard Krieger, Reichen L. Sa.
10000	Nr.	125690	Richard Krieger, Reichen L. Sa.
10000	Nr.	128821	O. W. B. Schöner, Reichen L. Sa.
5000	Nr.	35199	Hildegard Krieger, Reichen L. Sa.
5000	Nr.	81329	Hildegard Krieger, Reichen L. Sa.
5000	Nr.	94789	Hildegard Krieger, Reichen L. Sa.
5000	Nr.	97939	Hildegard Krieger, Reichen L. Sa.
5000	Nr.	100543	Hildegard Krieger, Reichen L. Sa.
5000	Nr.	106676	Hildegard Krieger, Reichen L. Sa.
5000	Nr.	116831	Hildegard Krieger, Reichen L. Sa.

201 893 079 026 812 826 (1000) 899 829 681 878 021 009 811 347 470 891
407 (1000) 894 029 026 812 826 (1000) 899 829 681 878 021 009 811 347 470 891
507 519 753 031 03000 812 (1000) 899 829 681 878 021 009 811 347 470 891
457 03000 115 753 047 858 052 556 761 (1000) 899 829 681 878 021 009 811 347 470 891
811 120 066 982 825 918 734 254 175 057 4227 073 810 982 087 717 089
807 056 056 009 845 5294 902 (2000) 587 403 313 045 792 (3000) 124 441 881
841 211 0179 687 (3000) 242 031 (2000) 590 175 630 (2000) 016 (1000) 451
(1000) 823 566 (1000) 492 708 109 (1000) 71052 016 056 (2000) 231 501 (1000)
352 (1000) 982 186 (3000) 564 249 721 794 717 978 256 809 716 (2000) 137
98209 826 098 478 321 307 103 (1000) 419 845 231 422 629 010 9821 811 909
982 095 911 115 815 758 801 265 255

10216 (2000) 992 608 920 (3000) 993 691 455 865 043 004 (3000) 694 860
098 188 318 14001 626 601 495 113 510 579 286 107 672 671 (1000) 073 844 148
678 278 516 12719 163 684 478 874 (3000) 674 794 009 611 400 818 692 (2000)
985 117 980 13034 631 (1000) 071 610 079 441 449 146 (1000) 122 435 617 368
213 168 (3000) 170 241 14982 029 (1000) 212 177 228 451 547 744 638 (3000)
611 783 028 627 121 136 156 029 651 846 867 694 112 104 374 (1000) 18203
988 700 075 042 124 847 (3000) 614 420 427 14694 636 228 396 812 609 331
908 (1000) 649 (3000) 612 668 878 420 221 804 170 070 810 036 768 234 471 908
(1000) 17740 154 006 215 169 440 649 690 461 180229 802 497 (2000) 988 922
821 984 424 183 369 18965 738 650 896 567 (1000) 189 (1000) 927 704 671
426 615 296

20496 291 074 054 008 718 607 140 980 450 12700 066 034 963 084 426
980 644 874 094 087 738 482 18725 073 701 245 696 213 249 637 225 005
(3000) 105 184449 807 (1000) 229 156 292 383 (1000) 228 096 491 138 587 (1000)
988 380 120 185 102 18786 667 102 439 089 200 001 443 578 (1000) 136 496
980 008 184426 070 064 641 (1000) 628 078 978 229 834 235 290 (1000) 136 194
812 982 825 184426 070 064 641 (1000) 628 078 978 229 834 235 290 (1000) 136 194
(1000) 658 170 482 858 989 941 405 614 479 471 187359 979 (1000) 188 143
470 (1000) 661 221 625 (3000) 813 880 180483 808 432 (1000) 936 477 (1000)
801 809 687 924 610 720 519 790 382 162 856 186827 (1000) 921 414 488 200
330 (3000) 609 015 615 741 266 887 049 (1000) 106 642 (3000) 772 (1000)
18069 940 974 969 961 (3000) 044 281 067 898 660 975 (1000) 629 221 648
825 (1000) 121428 029 (1000) 127 256 049 738 829 738 682 (2000) 613 029 128
420 184 469 690 184212 005 (3000) 293 306 130 460 883 004 745 070 738 066
814 081 857 644 543 513 (3000) 104 18876 154 635 (1000) 016 449 102 (2000)
984 906 897 988 946 994 040 (3000) 184721 654 882 738 617 646 915 (2000) 281
814 425 940 787 288 664 079 190 367 841 18668 549 028 740 698 848 479 099
778 1629 065 921 18036 965 792 823 106 101 898 860 962 312 300 318 972 061
18069 940 974 969 961 (3000) 044 281 067 898 660 975 (1000) 629 221 648
825 (1000) 121428 029 (1000) 127 256 049 738 829 738 682 (2000) 613 029 128
420 184 469 690 184212 005 (3000) 293 306 130 460 883 004 745 070 738 066
814 081 857 644 543 513 (3000) 104 18876 154 635 (1000) 016 449 102 (2000)
984 906 897 988 946 994 040 (3000) 184721 654 882 738 617 646 915 (2000) 281
814 425 940 787 288 664 079 190 367 841 18668 549 028 740 698 848 479 099
778 1629 065 921 18036 965 792 823 106 101 898 860 962 312 300 318 972 061
18069 940 974 969 961 (3000) 044 281 067 898 660 975 (1000) 629 221 648
825 (1000) 121428 029 (1000) 127 256 049 738 829 738 682 (2000) 613 029 128
420 184 469 690 184212 005 (3000) 293 306 130 460 883 004 745 070 738 066
814 081 857 644 543 513 (3000) 104 18876 154 635 (1000) 016 449 102 (2000)
984 906 897 988 946 994 040 (3000) 184721 654 882 738 617 646 915 (2000) 281
814 425 940 787 288 664 079 190 367 841 18668 549 028 740 698 848 479 099
778 1629 065 921 18036 965 792 823 106 101 898 860 962 312 300 318 972 061
18069 940 974 969 961 (3000) 044 281 067 898 660 975 (1000) 629 221 648
825 (1000) 121428 029 (1000) 127 256 049 738 829 738 682 (2000) 613 029 128
420 184 469 690 184212 005 (3000) 293 306 130 460 883 004 745 070 738 066
814 081 857 644 543 513 (3000) 104 18876 154 635 (1000) 016 449 102 (2000)
984 906 897 988 946 994 040 (3000) 184721 654 882 738 617 646 915 (2000) 281
814 425 940 787 288 664 079 190 367 841 18668 549 028 740 698 848 479 099
778 1629 065 921 18036 965 792 823 106 101 898 860 962 312 300 318 972 061
18069 940 974 969 961 (3000) 044 281 067 898 660 975 (1000) 629 221 648
825 (1000) 121428 029 (1000) 127 256 049 738 829 738 682 (2000) 613 029 128
420 184 469 690 184212 005 (3000) 293 306 130 460 883 004 745 070 738 066
814 081 857 644 543 513 (3000) 104 18876 154 635 (1000) 016 449 102 (2000)
984 906 897 988 946 994 040 (3000) 184721 654 882 738 617 646 915 (2000) 281
814 425 940 787 288 664 079 190 367 841 18668 549 028 740 698 848 479 099
778 1629 065 921 18036 965 792 823 106 101 898 860 962 312 300 318 972 061
18069 940 974 969 961 (3000) 044 281 067 898 660 975 (1000) 629 221 648
825 (1000) 121428 029 (1000) 127 256 049 738 829 738 682 (2000) 613 029 128
420 184 469 690 184212 005 (3000) 293 306 130 460 883 004 745 070 738 066
814 081 857 644 543 513 (3000) 104 18876 154 635 (1000) 016 449 102 (2000)
984 906 897 988 946 994 040 (3000) 184721 654 882 738 617 646 915 (2000) 281
814 425 940 787 288 664 079 190 367 841 18668 549 028 740 698 848 479 099
778 1629 065 921 18036 965 792 823 106 101 898 860 962 312 300 318 972 061
18069 940 974 969 961 (3000) 044 281 067 898 660 975 (1000) 629 221 648
825 (1000) 121428 029 (1000) 127 256 049 738 829 738 682 (2000) 613 029 128
420 184 469 690 184212 005 (3000) 293 306 130 460 883 004 745 070 738 066
814 081 857 644 543 513 (3000) 104 18876 154 635 (1000) 016 449 102 (2000)
984 906 897 988 946 994 040 (3000) 184721 654 882 738 617 646 915 (2000) 281
814 425 940 787 288 664 079 190 367 841 18668 549 028 740 698 848 479 099
778 1629 065 921 18036 965 792 823 106 101 898 860 962 312 300 318 972 061
18069 940 974 969 961 (3000) 044 281 067 898 660 975 (1000) 629 221 648
825 (1000) 121428 029 (1000) 127 256 049 738 829 738 682 (2000) 613 029 128
420 184 469 690 184212 005 (3000) 293 306 130 460 883 004 745 070 738 066
814 081 857 644 543 513 (3000) 104 18876 154 635 (1000) 016 449 102 (2000)
984 906 897 988 946 994 040 (3000) 184721 654 882 738 617 646 915 (2000) 281
814 425 940 787 288 664 079 190 367 841 18668 549 028 740 698 848 479 099
778 1629 065 921 18036 965 792 823 106 101 898 860 962 312 300 318 972 061
18069 940 974 969 961 (3000) 044 281 067 898 660 975 (1000) 629 221 648
825 (1000) 121428 029 (1000) 127 256 049 738 829 738 682 (2000) 613 029 128
420 184 469 690 184212 005 (3000) 293 306 130 460 883 004 745 070 738 066
814 081 857 644 543 513 (3000) 104 18876 154 635 (1000) 016 449 102 (2000)
984 906 897 988 946 994 040 (3000) 184721 654 882 738 617 646 915 (2000) 281
814 425 940 787 288 664 079 190 367 841 18668 549 028 740 698 848 479 099
778 1629 065 921 18036 965 792 823 106 101 898 860 962 312 300 318 972 061
18069 940 974 969 961 (3000) 044 281 067 898 660 975 (1000) 629 221 648
825 (1000) 121428 029 (1000) 127 256 049 738 829 738 682 (2000) 613 029 128
420 184 469 690 184212 005 (3000) 293 306 130 460 883 004 745 070 738 066
814 081 857 644 543 513 (3000) 104 18876 154 635 (1000) 016 449 102 (2000)
984 906 897 988 946 994 040 (3000) 184721 654 882 738 617 646 915 (2000) 281
814 425 940 787 288 664 079 190 367 841 18668 549 028 740 698 848 479 099
778 1629 065 921 18036 965 792 823 106 101 898 860 962 312 300 318 972 061
18069 940 974 969 961 (3000) 044 281 067 898 660 975 (1000) 629 221 648
825 (1000) 121428 029 (1000) 127 256 049 738 829 738 682 (2000) 613 029 128
420 184 469 690 184212 005 (3000) 293 306 130 460 883 004 745 070 738 066
814 081 857 644 543 513 (3000) 104 18876 154 635 (1000) 016 449 102 (2000)
984 906 897 988 946 994 040 (3000) 184721 654 882 738 617 646 915 (2000) 281
814 425 940 787 288 664 079 190 367 841 18668 549 028 740 698 848 479 099
778 1629 065 921 18036 965 792 823 106 101 898 860 962 312 300 318 972 061
18069 940 974 969 961 (3000) 044 281 067 898 660 975 (1000) 629 221 648
825 (1000) 121428 029 (1000) 127 256 049 738 829 738 682 (2000) 613 029 128
420 184 469 690 184212 005 (3000) 293 306 130 460 883 004 745 070 738 066
814 081 857 644 543 513 (3000) 104 18876 154 635 (1000) 016 449 102 (2000)
984 906 897 988 946 994 040 (3000) 184721 654 882 738 617 646 915 (2000) 281
814 425 940 787 288 664 079 190 367 841 18668 549 028 740 698 848 479 099
778 1629 065 921 18036 965 792 823 106 101 898 860 962 312 300 318 972 061
18069 940 974 969 961 (3000) 044 281 067 898 660 975 (1000) 629 221 648
825 (1000) 121428 029 (1000) 127 256 049 738 829 738 682 (2000) 613 029 128
420 184 469 690 184212 005 (3000) 293 306 130 460 883 004 745 070 738 066
814 081 857 644 543 513 (3000) 104 18876 154 635 (1000) 016 449 102 (2000)
984 906 897 988 946 994 040 (3000) 184721 654 882 738 617 646 915 (2000) 281
814 425 940 787 288 664 079 190 367 841 18668 549 028 740 698 848 479 099
778 1629 065 921 18036 965 792 823 106 101 898 860 962 312 300 318 972 061
18069 940 974 969 961 (3000) 044 281 067 898 660 975 (1000) 629 221 648
825 (1000) 121428 029 (1000) 127 256 049 738 829 738 682 (2000) 613 029 128
420 184 469 690 184212 005 (3000) 293 306 130 460 883 004 745 070 738 066
814 081 857 644 543 513 (3000) 104 18876 154 635 (1000) 016 449 102 (2000)
984 906 897 988 946 994 040 (3000) 184721 654 882 738 617 646 915 (2000) 281
814 425 940 787 288 664 079 190 367 841 18668 549 028 740 698 848 479 099
778 1629 065 921 18036 965 792 823 106 101 898 860 962 312 300 318 972 061
18069 940 974 969 961 (3000) 044 281 067 898 660 975 (1000) 629 221 648
825 (1000) 121428 029 (1000) 127 256 049 738 829 738 682 (2000) 613 029 128
420 184 469 690 184212 005 (3000) 293 306 130 460 883 004 745 070 738 066
814 081 857 644 543 513 (3000) 104 18876 154 635 (1000) 016 449 102 (2000)
984 906 897 988 946 994 040 (3000) 184721 654 882 738 617 646 915 (2000) 281
814 425 940 787 288 664 079 190 367 841 18668 549 028 740 698 848 479 099
778 1629 065 921 18036 965 792 823 106 101 898 860 962 312 300 318 972 061
18069 940 974 969 961 (3000) 044 281 067 898 660 975 (1000) 629 221 648
825 (1000) 121428 029 (1000) 127 256 049 738 829 738 682 (2000) 613 029 128
420 184 469 690 184212 005 (3000) 293 306 130 460 883 004 745 070 738 066
814 081 857 644 543 513 (3000) 104 18876 154 635 (1000) 016 449 102 (2000)
984 906 897 988 946 994 040 (3000) 184721 654 882 738 617 646 915 (2000) 281
814 425 940 787 288 664 079 190 367 841 18668 549 028 740 698 848 479 099
778 1629 065 921 18036 965 792 823 106 101 898 860 962 312 300 318 972 061
18069 940 974 969 961 (3000) 044 281 067 898 660 975 (1000) 629 221 648
825 (1000) 121428 029 (1000) 127 256 049 738 829 738 682 (2000) 613 029 128
420 184 469 690 184212 005 (3000) 293 306 130 460 883 004 745 070 738 066
814 081 857 644 543 513 (3000) 104 18876 154 635 (1000) 016 449 102 (2000)
984 906 897 988 946 994 040 (3000) 184721 654 882 738 617 646 915 (2000) 281
814 425 940 787 288 664 079 190 367 841 18668 549 028 740 698 848 479 099
778 1629 065 921 18036 965 792 823 106 101 898 860 962 312 300 318 972

Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 83

Freitag den 7. April 1922

88. Jahrgang

Eröffnung der Frankfurter Messe. Die Frankfurter Messe, die durch Umbauten wiederum erheblich an Umfang gewonnen hat, ist mit der Begrüßung der überaus zahlreich erschienenen Vertreter der deutschen und der ausländischen Presse im Hauptrestaurant der Messe eröffnet worden. Stadtrat Dr. Landmann führte aus, daß in dem Erscheinen der Vertreter der internationalen Presse das Gefühl zum Ausdruck komme, daß die Messen ein Instrument der Weltannäherung geworden seien. Die Besucherzahl übertrifft die gehegten Erwartungen bei weitem. Wenn nicht alles trüge, glaube er der 6. Frankfurter Messe ein günstiges Horoskop stellen zu dürfen. Zum Schluß wies Stadtrat Dr. Landmann mit Befriedigung auf den Weg hin, den die Frankfurter Messe trotz aller ihr bereiteten Schwierigkeiten bisher zurückgelegt habe. Sie stehe heute gleichwertig neben der Leipziger Messe da. Das größte deutsche Schiffsahrtsunternehmen, die Sapag, habe mit der Frankfurter Messe einen Bund geschlossen zur Entfaltung gemeinsamer Werbekraft in der Welt. Nach weiteren Begrüßungsansprachen folgte ein Rundgang durch die Messe und die Uraufführung des von Hans Walter Kornblum hergestellten Films über Einsteins Relativitätstheorie, der großen Beifall fand.

„Eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes.“ Beim Reichspräsidenten und Frau Ebert fand anlässlich der Eröffnung der Volksversammlung für das notleidende Alter ein Tee statt, zu dem Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden sowie der alle Wohlfahrtsorganisationen umfassenden Reichsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, ferner führende Persönlichkeiten des Wirtschafts- und Kulturlebens und der Presse geladen waren. Der Reichspräsident wies in einer Ansprache darauf hin, daß trotz der großen allgemeinen Not unseres Volkes die zugunsten besonders hart betroffener Teile der Bevölkerung unternommenen Hilfsaktionen offene Herzen und Hände gefunden hätten und sprach die Erwartung aus, daß auch das jetzt begonnene Hilfswerk, das die arbeitsunfähigen und auf unzureichende Ersparnisse und kleine Renten angewiesenen alten Leute unterstützen soll, vollen Erfolg haben möge; es sei eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes, auch diejenigen nicht zu vergessen, die nach einem arbeitsreichen Leben den schwerer gewordenen Kampf ums Dasein aus eigener Kraft nicht mehr führen können.

Zeitsche Hilfe für Rußland. Vom Hauptauschuß des preussischen Landtages wurde ein Antrag Leidig (D. Sp.) angenommen, dem Landtag vorzuschlagen, dem Deutschen Roten Kreuz für das

Hilfswerk zur Bekämpfung der Hungersnot in Rußland, insbesondere zugunsten der Deutschen, 5 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Erhöhung der Versicherungsgrenzen. Der Sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates nahm bei der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betr. Versicherungsgrenzen und Rentenbemessung in der Unfallversicherung einen Arbeitnehmerantrag an, die Versicherungsgrenzen für Betriebsbeamte und selbstversicherte Arbeitsgeber auf den zwanzigfachen Betrag der Friedenssätze, also auf 100 000 bzw. 60 000 Mark zu erhöhen.

Teuerungszulagen für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Der Kriegsbeschädigtenauschuß des Reichstages hat folgende Entschlieung einstimmig angenommen: „Der Ausschuß ersucht die Reichsregierung, unverzüglich im Verordnungswege eine angemessene Verbesserung der Teuerungszulagen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen herbeizuführen. Desgleichen ersucht der Ausschuß die Reichsregierung, mit tunlichster Beschleunigung, spätestens bis 15. Mai 1922, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Teuerungsmassnahmen eine gesetzliche Regelung erfahren.“

Flug über den Ozean. In Lissabon hat ein portugiesisches Wasserflugzeug mit zwei Insassen den Flug nach Rio de Janeiro in Brasilien angetreten. Es ist am ersten Tage in Las Palmas auf den Kanarischen Inseln eingetroffen. Von hier soll es zum Cap Verde an der afrikanischen Küste und von da über eine 2700 Kilometer lange Strecke über offene Meer nach Brasilien fliegen. Hoffentlich gelingt die mutige Flug.

Deutscher Sieg bei einem italienischen Autorennen. In Italien fand das mit viel Spannung erwartete Automobil-Rennen um den Florio-Schild auf der schwierigen Gebirgsstrecke in der Madone statt. Die Bevölkerung war in Massen zur Rennstrecke geströmt. Der Kampf um den ersten Platz war außerordentlich heftig zwischen dem Italiener Graf Masetti auf Mercedes, einem deutschen Wagen, und dem Franzosen Gour auf Ballot. Schließlich siegte der italienische Graf auf dem deutschen Wagen. Beide verlor das Rennen nicht ohne Unfälle. Der Fiat-Fahrer B. Razzaro schlug um und wurde getötet. Auch ein von Brill-Peri gesteuerter großer Steyrer-Wagen fuhrte 15 Kilometer von Cerda entfernt um und der Fahrer wurde schwer verletzt.

Einspruch gegen den Luftdienst Paris-Budapest. Zu der Meldung, daß vom 1. April ab zwischen

Paris und Budapest ein regelmäßiger Luftdienst einrichtet werden soll, wird aus Budapest berichtet, daß von italienischer und englischer Seite hiergegen Einspruch erhoben wurde. Man macht geltend, daß der Vertrag von Trianon die Luftschiffahrt in Ungarn bis zum 27. Februar untersagte und daß dieser Termin sodann von der Entente bis zum 5. Mai verlängert wurde.

Breitensträter borgt einen Engländer t. o. In Berlin brachte ein Vorabend dem deutschen Schwergewichtmeister Breitensträter über den Engländer Mullings einen vollen Erfolg. In der neunten Runde gelang es Breitensträter, den Gegner durch einen linken Hieb für die volle Zeit zu Boden zu bringen.

Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Halle verurteilte den 21-jährigen Arbeiter Otto Frank aus Brehna, der im Dezember vorigen Jahres den Kaufmann Krug überfallen, ermordet und seiner Wertschaft im Betrage von 20 000 Mark beraubt hatte zum Tode.

Ein Nachspiel zum Herforder Bürgermeistermord. Die Heidelberger Strafkammer verurteilte den Juravelter Reilhauer wegen Hehlerei zu zwei Monaten Gefängnis. Reilhauer hatte dem Mörder Siefert den Eherring des ermordeten Oberbürgermeisters Busse und den Diamanten aus dem Ring des ebenfalls ermordeten Bürgermeisters Werner zu einem auffallend niedrigen Preise abgekauft.

Nach einer Meldung aus Tokio soll sich Prof. Einstein Mitte August dorthin begeben, um an der Universität Tokio eine Reihe von Vorlesungen über seine Lehren zu halten. Sein Aufenthalt in Japan sei auf ungefähr einen Monat berechnet.

In Leipzig kam es zwischen den Teilnehmern einer Bismarckfeier, die geschlossen mit schwarz-weiß-roten Fahnen unter Abklingung vaterländischer Lieder durch die Straßen marschierten, und einigen Passanten zu einer Schlägerei, die erst ein größeres Polizeiaufgebot ein Ende machte.

Im süddeutschen Metallarbeiterstreik ist eine wesentliche Verschärfung durch Ausdehnung des Streiks eingetreten.

Landwirtschaftliche Sorgen.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird über das Produktionsprogramm der deutschen Landwirtschaft folgendes geschrieben:

Für eine so intensive Bewirtschaftung, wie sie das Produktionsprogramm der Landwirtschaft erfordert, ist die erste Bedingung eine gründliche Bearbeitung des Bodens mit geeignetem Maschinenmaterial, ausreichende Gespanne für diesen Zweck und

eine unüberwindliche, unüberwindliche Landarbeit. Dann ist mehr der Boden erzeugen soll, desto sorgfältiger muß er vorbereitet werden. Die Fragen, wie wir zu einer ausreichenden, brauchbaren Landwirtschaft kommen, ist im Vorstand des schlesischen Landbundes der Gegenstand eingehender Erörterung gewesen, da fortgesetzte Klagen der Mitglieder dieser Organisation über große Not an unverheirateten Leuten in bäuerlichen Betrieben den Anlaß geben, eine Umfrage in allen Kreisen der Provinz zu halten, um einen Ueberblick zu gewinnen, wie es in dieser Hinsicht bestellt ist. Diese Umfrage hat leider ein sehr unerfreuliches Bild ausgerollt, welches schwere Bedenken in Hinsicht auf die Fortführung der intensiven Wirtschaft in sich birgt; denn die Nachfrage hat ergeben, daß überall Mangel an unverheirateten Leuten herrscht, der sich aber um so mehr verschärft und wahrhaft katastrophal in solchen Kreisen wirkt, wo die Industrie stärker vertreten ist und alles für sie geeignete Material an sich heranzieht. So ergab eine Stichprobe, die im Kreise Schweidnitz angestellt wurde, daß in 30 Ortschaften 300 Leute für das Jahr 1922 fehlen.

Dem Mangel an unverheirateten Leuten steht aber ein Ueberangebot an verheirateten Arbeitskräften gegenüber, die nicht untergebracht werden, weil es an geeigneten Wohnungen für sie fehlt. Der Wohnungsbau ist auf dem Lande im Rückstand geblieben, da die größeren Güter schon lange vor dem Kriege gezwungen waren, durch Einstellung von polnischen Arbeitskräften dem Leutenmangel abzuhelfen. Für diese waren aber andere Wohnungsverhältnisse geboten als für unsere deutschen Leute. Jetzt ist die Einstellung von polnischen Arbeitern eingeschränkt worden. Nun sind zwar die Landbünde nicht dazu da, Arbeitskräfte für das Land zu schaffen. Das ist Sache der Landwirtschaftskammern und der Arbeitgeberverbände. Die Landbünde müssen aber, um zur Durchführung ihrer Zwecke und Ziele zu gelangen, bestrebt sein, den Gründen nachzuforschen, woher die Leutenot stammt, und die Wege aussindig machen, die zur Behebung des Leutenmangels in Zukunft führen. Die Gründe für diese Not liegen klar auf der Hand. Sie ist zunächst bedingt durch die Freizügigkeit. Die Landjugend findet leichteren, lohnenderen Verdienst bei der Industrie, auch wird in der Stadt mehr Vergnügen und Abwechslung geboten. Es ist eine schwierige Aufgabe, eine Aenderung in diesen Verhältnissen, die die Zukunft der Landwirtschaft aufs schwerste bedrohen, herbeizuführen. Der allein gangbare Weg, wieder zur Befundung unserer Arbeiterverhältnisse zu gelangen, liegt zunächst einmal in der ausreichenden Beschaffung von Wohnungen für verheiratete Arbeitsleute, auch von Seiten des mittleren Besitzes, der am meisten von der Arbeiternot betroffen wird, der aber auch am schwersten sich entschließt, an die Veränderung und Umänderung im Betrieb heranzugehen. Leider will man den Umwälzungen, die stattgefunden haben, nicht, wie unbedingt nötig, Rechnung tragen, sondern will die Verhältnisse wieder in die alten Bahnen gelenkt sehen, da man dadurch die wenigsten Schwierigkeiten hat. Das aber ist falsch.

Das ist bereits darüber verhandelt worden, und es muß eindringlich darauf hingewiesen werden, daß das Frühjahr und der Sommer nicht unbenutzt verstreichen dürfen, sondern daß der Bau von Landarbeiterwohnungen eifrig in Angriff genommen werden muß. Von Seiten der Landbünde ist alles geschehen, was geschehen konnte, um die Wege hierfür zu ebnen. Aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge sind schon im vergangenen Jahre Millionen für den Wohnungsbau zur Verfügung der Landwirtschaftskammer gestellt worden. Es ist beantragt, daß die Mietssteuern, welche das Land aufbringen muß, auch für diesen Zweck Verwendung finden sollen, und daß Aufwendungen für Neubauten der steuerlichen Belastung entgehen. Hier bietet sich zugleich die Möglichkeit, die Siedlung zu fördern und neue Arbeitskräfte auf dem Lande schafft zu machen. Es kann nicht genug auf die Beschleunigung dieses Weges hingewiesen werden. Häufen sich die Schwierigkeiten in der Beschaffung ländlicher Arbeitskräfte noch mehr, so ist hier das schwerste Hindernis zu suchen, welches sich der Durchführung des Produktionsprogramms der Landwirtschaft entgegenstellt. Die bäuerlichen Betriebe sind dann gezwungen, von der intensiven zur extensiven Wirtschaft überzugehen, und dadurch wird natürlich die Mehrerzeugung von Lebensmitteln einfach unterbunden. Ferner ist eine reichsgefähliche Regelung beantragt, um der Abwanderung der Jugend in die Stadt vorzubeugen. Man muß aber auch unserer ländlichen Jugend entgegenkommen, ihr Gelegenheit bieten, sich weiter fortzubilden und ihre Kenntnisse zu erweitern. Deshalb ist auch die Gründung von ländlichen Fortbildungsschulen und Volksschulen aufs wärmste zu unterstützen.

Der Herrenreiter.

Roman von Robert Misch.

(16. Fortsetzung.)

„Halt, mein Lieber — ehe du dich mit mir in diesen fürstlichen Raum begibst und mich so fordbal unter den Arm faßt, möchte ich dich darauf aufmerksam machen, daß du mit einem höchst untergeordneten Subjekt sprichst. Mit einem Angestellten eines Stalles — allerdings eines Milliardenstalles, dem zweiten Betreiber von Joe Godwin. Man wird mich dort auch wahrscheinlich mit höchst erstaunten und scheelen Augen anblicken, wenn ich mich unter diese erlauchte Gesellschaft reich gewordener Weizen- und anderer Spekulanten mische.“

„Ich glaube, du irrst dich. Jedenfalls ist das in meiner Gesellschaft ausgeschlossen. Uebrigens habe ich das gewußt, Dietrich — das heißt, eben zu meinem großen Erstaunen erfahren. Als ich vor mehr als vier Monaten herüberkam, da —“

„Da war ich noch in Diensten — stimmt! Also du genießt dich wirklich nicht, Arm in Arm mit mir —?“

„Bist du närrisch, lieber Junge?! — Na, komm nur mit! Dir scheint ja das Leben einen ordentlichen Knack verfeßt zu haben. Das kannst du mir alles

in einem Glas Welt erzählen. Vermutlich werden wir da auch ziemlich allein sein. Die sehen doch alle draußen zu.“

„Und deine Gesellschaft? Der Attache — und die kleine Miß Buttermann?“

Hans Erich lachte:

„Die kann warten! — Also hast du mich gesehen? Und hast mir kein Zeichen, kein Wort zusammen lassen? Scheinst mir etwas down, old boy — verbittert.“

Sie betraten den kleinen, eleganten Salon, eher dem zierlichen Speisezimmer eines reichen Hauses als einem Restaurant ähnlich. Hans Erich hatte richtig prophezeit — es war leer. Man brachte ihnen auf Wunsch Champagner, dazu einige Delikatessen.

Hans Erich schenkte die Gläser ein, nicht ohne die Flasche vorher zu mustern.

„Moet u. Chandon, extra dry — Auslese! Cavalier im Eisblock! Und wie das serviert ist! Na ja — Banderloo!“

Sie stießen an.

„Und nun schief los! — Natürlich die Karten, du alte Feu-Katte! Na, mach kein so tragisches Gesicht! War's denn so viel, daß es dein Alter nicht decken konnte oder wollte?“

„Du weißt ja, daß er noch für einen Sohn und eine Tochter zu sorgen hat. Und ich hatte ihm mein Wort gegeben, nicht mehr zu spielen. Ich habe es gebrochen. Er war unerbittlich.“

Hans Erich blickte tief sinnig in sein Glas, auf das Perlen spiel der Sektgeister.

„Verflucht schade um dich! Du bist viel klüger als ich. Die roten Streifen hättest du dir mindestens geholt, wie dein Alter. — Na, was soll man da viel sagen!“

„Nichts — ich muß es eben tragen.“

„Scheinst es aber recht schwer zu tragen, fellow! — Na, und wie ging's weiter?“

„Das Uebliche. Ueberfahrt — Suche nach Arbeit — Wahl zwischen Kellner, Zellerwischer und Stall. Natürlich war das ein Glücksfall, und ich wählte ihn. Jetzt bin ich der Stallbediente von Miß Gladys Godwin.“

„Kenne sie . . . lange, blonde Stängel!“

„Ja . . . und sie behandelt mich auch genau so. Hier fängt die Gesellschaft erst bei der Million an. Ist ja in dieser jungen Republik auch kaum anders möglich.“

„Ein Kerl wie du! Hol's der Teufel!“

Hans Erich dachte lange nach.

„Vielleicht kann ich dir irgendwie helfen.“

„Jrgendwo, irgendwann wird schon ein fröhlicher Krieg ausbrechen — Mexiko oder ein anderer Raubstaat — oder wieder der Balkan. Oder ich gehe zum Zirkus . . . Du siehst ja, die Fähigkeiten sind da. — Aber erzähl' lieber von dir. Weshalb bist du eigentlich hergekommen? My old boy — du tust nichts ohne Grund, wie ich dich kenne. Ein besserer Soldat mag ich sein — der Klügere bist doch du!“

(Fortsetzung folgt.)

2

Sag

Bez
20 P
Geme

Nr.

Sigun

Anwe
Dieholt, O
Müller, R
Ublig, Frd
Krumpholtz
Müller; a
holdshain
die Herren
Ruhfam u
Ja seinem
Dr. Grobm
Vor
im Gebet
ftung, d
Nächtlichen
Saales. 9
stimmt hat
gegenüber
ich hier n
sondern ur
an die J
Michael fe
sammlung
nomierat
nehmen ka
Ju Dr
mals auf
mit dem
fundiert ist
und als ol
Personen
Spitze der
haben), die
soweit sie
Kirchenver
Synodalau

neuen Fischzeuge der Obrigkeit vorzulegen, bevor sie in Benutzung genommen werden dürfen. Unvorschriftsmäßige Gerätschaften sind binnen 14 Tagen zu beseitigen, oder es sind 5 Gulden Strafe zu gewärtigen. Behufs Prüfung werden jährlich Haussuchungen veranstaltet, damit niemand heimliches Fischzeug führt. 1678 fordert die Bürgerschaft, daß der Rat die Teiche nicht für sich allein in Benutzung nimmt, sondern daß auch den Bürgern um angemessenes Geld etwas zum Kaufe gelassen werde, was mit einem süßsauren Fiat = zugestanden beantwortet wird. Die Fischerei oberhalb der Weißeritzbrücke an der Grenze zwischen Ulberndorf und Dippoldiswalde gehörte nicht der Stadt. Die Kreuzbach hat keine oder doch nur geringe Fische geführt, weil dieselben in ihr nicht aufsteigen konnten. Sie ist daher ungenannt geblieben. Da durch die Fischfreiheit die Weißeritz, Schwarz- und Lännichtbach zu sehr ausgefischt und dabei zu wenig geschont wurden, mußte die Fischerei von 1720 an verpachtet werden. Am Bietungstage erschienen Joh. George Krumbügel, Bürger und Tuchmacher, „ein arbeitscheuer, sein Handwerk vernachlässigender, verarmter Mann, der sich viel Zeit lang in der Weißeritz umhertrieb“, welchem die Fischerei für 5 Taler 5 Groschen 3 Pfennige Pacht zugeschlagen wurde. Die Stadtteiche gingen 1822, nachdem die alte Pacht abgelaufen war, bis Michaelis 1827 in die Hände des Ratsherrn Göhler für 27 Taler Höchstgebot über. Für 65 Taler erstand der Schießhauspächter Aulhorn die Teichnutzung samt der Fischerei in der Lännichtbach 1828 auf die Jahre 1827—33.

Die Braugerechtigkeit.

Der Dippoldiswalder Braugerechtigkeit wird 1266 zuerst gedacht. Die Belieferung ausbeutgebender Bergwerke war ihr damals untersagt und nur dem Freiburger Bier vorbehalten. Das Verbotungsrecht dürfte jedoch nicht lange in Uebung geblieben sein, wenigstens wird seiner im ganzen Mittelalter nicht wieder erwähnt. Das Bannmeilenrecht Freibergs ging zurück und das unserer Stadt erweiterte sich. Wie Dresdner und Freiburger Bier, so wurde 1402 auch solches von Dippoldiswalde nach der Einnahme von Dohna dorthin geliefert. Von den drei Städten gingen 15 Wagen dahin ab. 1498 entscheidet Dr. Schrenk zwischen dem Rafe und Christoph von Lohs auf Berreuth, daß derselbe durch seinen Dorfwirt an jedem Gerichtstage zu Seifersdorf 1 Viertel fremden Bieres schenken darf. An den übrigen Gerichtstagen ist Dippoldiswalder Bier zu schenken. Ist der Bierschank gerade auf seiner Dorffseite am Kirmetage, soll er auch an diesem 1 Faß fremden Bieres schenken dürfen. Aller weiterer Ausschank ist mit Dippoldiswalder Bier zu bewirken. 1501 bestätigt Herzog Georg die Berechtigung der Bürger zum Bier- und Weinschank gegen Erlegung der Tranksteuer und des Pfannenzinses für Bier und des Bodenzolles für Wein. Am 25. April 1502 verspricht die Stadt das Ungeld, d. h. die Abgabe von Bier und Wein, auf 12 Jahre zu entrichten. 1502 beklagen sich die Bürger, wie Dertel Keller sie mit unberechtigter Ausübung des Brauens und Schenkens bedränge. Auch beschwert sich der Rat 1512 über den Kreischmer zu Niederfrauen-

dorf wegen Schenkens von anderem als Dippoldiswalder Bier. 1519 wird die Vereinbarung von 1498 über den Schank zu Seifersdorf dahin ergänzt, daß auch die andere Dorffseite von Seifersdorf, dazu Spechtritz nur Dippoldiswalder Bier schenken dürfen, mit der Ausnahme, daß Seifersdorf zwei Viertel fremdes Bier verstattet sind. Es kommen somit 5 Viertel fremdes Bier auf Seifersdorf. Im Streite über den Bierzwang wird 1527 dem Peter Gral zu Deltisch (Delsa) von den Bürgern zu Dippoldiswalde zugestanden, zu Pfingsten und zur Kirchweih Freiburger oder anderes Bier zu schenken. 1529 kam der im Jahre vorher begonnene Streit über das Brauen und Schenken zu Hirschbach durch den Kretschmer Heinrichs von Lippisdorf auf folgender Grundlage zustande: Der Kretschmer darf 36 Scheffel Gerste verbrauen, hat außerdem die Befugnis, 5 Viertel einzuführen, die hintereinander weggeschenkt werden müssen, jedoch nicht zur Kirmeß. Alles andere Bier ist in Dippoldiswalde zu entnehmen. Im übrigen verwies der Landesherr die Bürger der Stadt mit ihren Klagen über Verletzung ihrer Bierbannmeile 1529 auf den Rechtsweg. 1537 erzielte man ein Abkommen zwischen dem Räte und Heinrich Kölbl zu Naundorf wegen des Bierbrauens und Verkaufens durch seinen Kretschmer, welchem der Verkauf anderen als Dippoldiswalder Bieres an Festen untersagt ward. Georg Bormann, Richter zu Ruppendorf, ward 1541 verpflichtet, von Ostern bis auf Peter Pauls-Tag, 29. Juni, Bier der hiesigen Stadt zu verschenken, von da ab aber aus Heinrich von Maltitz' Brauerei in Ruppendorf sich Bier zu erholen, worüber 1542 eine schriftliche Vereinbarung getroffen wird. Die Gemeinde von Spechtritz beschwert sich 1568 ungerechtfertigterweise, daß ihr verwehrt werde, wie von Alters her Gebrauch, auf Kirmeßen, Kindtaufen und zur Fastnacht fremdes Bier einzulegen. 1576 befahl Kurfürst August dem Schöffer, das Brauen und Schenken Thomas Barth's zu Possendorf auf Beschwerde des Rates zu Dippoldiswalde zu untersagen. 1578 wird den Ortschaften Paulsdorf und Großölsa verboten, fremdes Bier einzulegen, da sie nach Dippoldiswalde gewiesen seien. 1583 beschwerten sich Genannte darüber, daß ihnen der Rat so viel altes und nun verdorbenes Bier eingelegt habe, wie sich schon der Richter zu Luchau 1582 beschwert hat. Die Bewohner von Hirschbach behaupten 1583, daß der Vertrag von 1529 nicht für die Gemeinde, sondern nur für den Kretschmer bindend sei, desgleichen hatten Ober- und Niederfrauendorf behauptet, daß sie über „rechtsverwehrt Zeit“ Bier von Glashütte abgeführt hätten. Beide haben jedoch später Abweisung erfahren. Der Kurfürst August als Rechtsnachfolger Heinrichs von Maltitz verkauft 1587 seine Braugerechtigkeit zu Ruppendorf an den Rat der Stadt für 100 Gulden, und da der Richter den Ausschank ohne Dippoldiswalder Bier weiterführt, wird ihm dies untersagt, da dem Kurfürsten „mehr an einem Stedlein, denn Dorffschafften gelegen sei“. Er solle sich keine Hoffnungen machen. Die Ruppendorfer legten meist Freiburger Bier ein, weil sie behaupteten, dazu berechtigt zu sein, obwohl nach einer Urkunde nach 1448 anerkannt worden war, daß das Dorf außerhalb der Freiburger Bannmeile lag. Es begann nun ein regelrechter Bierkrieg zwischen Ruppendorf und Dippoldiswalde. Raum war am

...lieber Junger! — Na, töm
heint ja das Leben einen ordentlichen
u haben. Das kannst du mir alles

Grund, wie ich dich kenne. Ein besserer Soldat mag
ich sein — der Klügere bist doch du!

(Fortsetzung folgt.)

8. Februar 1588 in einem Abschied dem Richter und der Gemeinde der Bezug fremden (Freiberger) Bieres bei 200 Schock Strafe verboten worden, so hatte doch der Wirtschaftsbesitzer Dreßler zu einer Hochzeit wieder Freiberger Bier eingelegt. Der Rat sandte den Ratsdiener samt dem Amtsdienner nach Ruppendorf, um das Bier zu versiegeln. Die Einwohner sind kommen mit Wehren, Dremeln und Stangenn hauffenweise herausgefallen und mit Gewalt gewehret und endlich Thür und Hoff zugemacht, keine herauslassen wollen und gesagt, „wo einer würde in Keller, so sollte keiner lebendig herauskommen“. Der Koch Martin Lohse hat einen hierher geforkelt, den andern dahin gestoßen und heißen todtschlagen, Schelmen und Diebe gescholten, den Befehl zerrissen.“ Prözel, ein Bauer, erklärte, wenn er anwesend gewesen wäre, so würde den Boten ergangen sein, wie dem Bürger von Dippoldiswalde, der zu Klingenberg erschlagen worden, ohne daß der Täter bekannt worden sei. Der Koch bedrohte die Gefangenen neuerlich mit der Art. Dann wurden dieselben gefangen gesetzt und vierfach bewacht. Der Rat ließ bitten, „sich zu gedulden, bis uffn morgen, bis man den Herrn Hauptmann erlangen und umb Schutz anrufen könne“. Auch dieser Bote wurde beschimpft und in Ketten geschlossen. Die Ruppendorfer wurden auf Befehl des Hauptmanns von Mangel gefangen gesetzt, bis sie Bürgen stellten und an den Kurfürsten berichtet. Derselbe antwortet, daß er ob solchen Mutwillens und fätlichen Beginnens ein besonders ungnädiges Mißfallen trage und gar nicht gewillt sei, es ungestraft hingehen zu lassen. Die Rädelshörer sollten ausgeforscht und bestraft werden. Aber noch in demselben Jahre hat der Richter gedroht, alle, welche Bier nach Ruppendorf von Dippoldiswalde bringen würden, sollten vor ihm nicht sicher sein. Das Bier mußte unter Bewachung überführt und eingelegt werden. 1590 suchte der Richter von Ruppendorf den Freiberger Rat für sich zu gewinnen und behauptete, berechtigt zu sein, Freiberger Bier zu schenken. Aber derselbe erklärte, sich in die Angelegenheit nicht hineinziehen zu lassen, weil „ihr allergnädigster Herr hierinnen maßgebend sei“. 1594 hat Prözel zu Ruppendorf abermals Freiberger Bier eingelegt und eine Versiegelung der Fässer verhindert, worauf der Rat den Amtmann um die Erlaubnis ersucht, das Bier gewaltsam wegnehmen zu dürfen, was anscheinend auch geschehen ist. Dem Schenken zu Seifersdorf werden ausnahmsweise zur Kirmes 2¹/₂ Faß Freiberger Bier bewilligt, da er dessen Ausschank an einem anderen Tage unterlassen hat. 1595 kommt der Richter von Ruppendorf bittend an den Rat, da er ein Kegelschieben angestellt und dazu drei Faß Bier bedürfe, ihm Freiberger Bier zu gestatten, da solches von Dippoldiswalde weder in der Menge noch Güte daselbst vorhanden sei. Er werde die Erlaubnis nicht als dauernd ansehen, worauf eine teilweise Bewilligung erfolgt sein soll. 1598 hat Prözel zu Ruppendorf vom versiegelten Freiberger Bier die Siegel abgerissen und das Bier verschenkt. Er mußte 50 Gulden Strafe zahlen und wurde wegen Abreißung des Amtssiegels mit Gefängnis belegt. 1601 kommt es abermals zu einem Bierkrawall. Der Rat hat die junge Bürgerschaft diesmal zahlreich hinaus nach Ruppendorf gesendet, um ein Faß Freiberger Bier, zu Frankes Hochzeit bestimmt, wegnehmen

fundiert ist
und als ob
Personen
Spitze der
haben), die
soweit sie
Kirchenver
Synodala
steht. Ne
das aus
Bezirkski
kirchentag
Kirchenver
und 27 de
Superinter
Nun
hererseits
Vorsiehd
1. 2
2
r
2.
3.
4.
Die 2
Verfassung
ersteren
das Rech
Kräfte m
innere U
werde, un
fragen du
Auf
Angelegen
Festtage,
Pflege us
Bezü
zettel vor
Geistlicher
wählen s
einstimmi
Vertreter
Nische
and Pesh
dorf mit
Schmidt—
Reinhold
von vorn
Herr
bringt hi
Aber die
rische Be
teilt. Die
bei der
gericht, R
hoffstraße.
Reinberg
leiters, d
Ulberdor
Amtsbeze
sonderen
Lauten, S
suche usw
steht es j
zuständige
lassen, we
dienste, S
Einfluß.
Von
Kreuzes

zu lassen. Diesmal waren die Ruppendorfer die Leidtragenden, denn nach ihrem Bericht haben die Stadtleute Haspen und Lüren aufgerissen und aufgehauen, einen Kalbschlegel, 20 Pfund Rindfleisch und einen Kessel mitgehen heißen, einem Salzfuhrmann, der im Gasthof genächtigt, den Wagen fortgeschoben, eine Wagenwinde und seinen Rock mitgehen heißen. Obwohl die Stadt einen andauernden Kampf gegen den Wettbewerb des Freiburger Bieres auf den Dörfern und in der Stadt führte, hielten es die Stadtväter doch für angebracht, zum Geschoßessen und anderen Festlichkeiten saßweise Bier von Freiberg durch Fuhrwerk besonders holen zu lassen, wie 1627 und später. Wundern darf man sich dann nicht, wenn der Hirschwirt Johann George Leichert ebenfalls Bier von auswärts bezieht und verschenkt. 1628—29 bildeten die Erträge des Brauwesens eine Haupteinnahme der Stadt und der Bürger. 109 Biere, wöchentlich zwei Gebräude, erbrachten 42 Schock 48 Groschen Pfannenzins und 5 Schock 49 Groschen 9 Pfennig Schrotegeld. Nach den Zerstörungen von 1632 und 1634 war es die erste Sorge der Stadt, sofort die Brauhäuser wieder zu errichten, bezw. wieder einzurichten, zumal da auch die Tranksteuer der Stadt ungeschmälert zugute kommen sollte. 1636 war es möglich, wieder Bier und Rosent (Halbbier) zu brauen. Nach dem Ortsgrundgesetz von 1646 bezw. 1678 darf kein Bürger in einem anderen als in den Gemeindebrauhäusern brauen. Niemandem ist erlaubt, fremde Biere einzulegen. Dem Wirte vor dem Obertore (Hirschwirt) ist der Ausshank nur gestattet, wenn derselbe mit Dippoldiswalder Bier geschieht. Trotzdem ist er oftmals beim Gegenteil betroffen worden. Die Anzahl der Biere, welche zu brauen verstattet sind, waren jedem Hause der Instadt verschrieben. Die „Biere“, d. h. die Zahl der bewilligten Gebräude, konnte der Hausbesitzer an andere Bürger der Instadt verkaufen. Im ganzen waren an 116 Besitzer 125 ganze und 34 halbe Biere ungleich verteilt. Nach dem Lose durfte alljährlich von Fastnacht bis Ostern Lagerbier gebraut werden. Zuerst hatten die Ratsherren, dann Bürger von 3 und 2 $\frac{1}{2}$ Bieren, hierauf erst nach Bierzahl und besonderer Reihenfolge die übrigen ihre abzubrauen. Wer nicht „Versicherung gemacht“, d. h. die Steuer vorher bar erlegt hatte, wurde nicht zugelassen. Den Brauer zu nötigen, mehr „zu gleßen“, d. h. das Gebräude zu verlängern, oder ihn durch reichlich und gut gereichte Speisen gefügig zu machen, dem Mälzer Trinkgeld zu reichen, ungeaichte Flaschen oder Fäßchen zu füllen, war verboten. 1664 berichtet der Rat, daß die folgenden Orte selbst zu Hochzeiten, Kindtaufen usw. kein anderes als Dippoldiswalder Bier einlegen dürfen: Ruppendorf, Malter, Paulsdorf, Paulshain, Seifersdorf, Spechtritz, Delsa, Oberkarsdorf, Hirschbach. Oben bereits Angeführtes wird bestätigt und von Delsa hinzugefügt, daß es am Sonntag nach Bartholomäi 3 Viertel fremdes Bier einführen darf und auf einmal verschenken soll. 1667 geben die Amtsdorfschaften zu, Bier von Dippoldiswalde beziehen zu müssen, aber nur, wenn es Kaufmannsgut sei. Der Rat behauptet, nur gute Zutat zu gestatten, läßt die Einschränkung nicht gelten und behauptet, die Dörfer, darunter auch Frauendorf und Hirschbach, müßten unter allen Umständen dem Bierzwange folgen. Die Zeit zum Gegenbeweise ließen die Dorf-

neuen Fi
 nommen
 14 Lager
 Behufs
 niemand
 der Rat
 daß auch
 werde, w
 Die Fise
 Ulberndo
 hat keine
 aufsteiger
 die Fisch
 gefischt u
 an verpa
 bügel, B
 nachlässig
 umhertrieb
 Pacht zu
 Pacht ab
 Göbler
 Schießha
 Lännicht

Der
 Die Bel
 und nur
 jedoch n
 ganzen
 bergs gi
 und Frei
 der Einn
 15 Wag
 und Ehr
 wirt an
 schenken
 zu schen
 tage, sol
 Aller w
 1501 bes
 Weinsch
 Bier un
 die Stai
 Jahre zu
 ste mit
 Auch be